

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

fowie der
Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Maurer Deutschlands,
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen
für die dreispaltige Beilagen- oder deren Raum 80 S.

Dokumente der Maurerbewegung.

Von Zeit zu Zeit wird in Kollegentreisen der Wunsch geäußert, es möge eine neue Geschichte der deutschen Maurerbewegung geschrieben und herausgegeben werden. Der Wunsch ist sehr berechtigt, auch wir teilen ihn. Denn das Werk über die Geschichte der deutschen Maurerorganisationen, das Fritz Paepelow uns geschrieben hat, ist nun schon zehn Jahre alt, es reicht nur bis zum Jahre 1899 und enthält also gerade den bedeutungsvollsten Abschnitt aus unserer Geschichte nicht. Zudem ist es auch bereits fast längerer Zeit vergriffen, so daß nur wenige von den jüngeren Verbandsmitgliedern es besitzen werden. Gleichwohl werden unsere Wünsche nach einer Geschichte, die das Streben der deutschen Maurerschaft nach menschenwürdigeren Existenzbedingungen erschöpfend darstellt, noch längere Zeit unerfüllt bleiben. Denn eine solche Arbeit kann nicht in wenigen Monaten getan werden, sie erfordert vielmehr Jahre. Jahre der Sammlung und Sichtung des Tatsachenmaterials und eine nicht zu kurz anzusetzende Zeit für die eigentliche Schreibung. Wir müssen erst ruhigere Zeiten haben, die die Kräfte von der Tagesarbeit frei machen, die für die Geschichtsschreibung in Betracht kommen.

Doch wenn nun auch vorläufig an eine Gesamtdarstellung der Geschichte unseres Handwerks nicht gedacht werden kann, so bringt uns doch der Verbandsvorstand genug der Literatur, die unsere Kämpfe historisch, das heißt objektiv, umfassend und im Zusammenhang mit der ganzen Bewegung schildert. Zur Geschichte unserer Bewegung im weitesten Sinne genommen gehören alle im Verbandsverzeichnisse erschienenen Schriften; die Jahresthümer sowohl wie die Verhandlungsprotokolle, die Jahresberichte der Zweigvereine wie das Verbandsjahrbuch u. a. m. Sie alle sind Dokumente, in denen das Wirken der Organisation niedergelegt ist. Das gilt für alle diese Schriften. Insbesondere aber gilt es für jene, die die großen, besonders bedeutungsvollen Kämpfe der Kollegschaft in ihren Ursachen und in ihrem Verlauf schildern. Das erste Werk dieser Art behandelte die Aussperrung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet im Jahre 1905. Das zweite ist vor einigen Wochen erschienen und behandelt unter dem Titel: „Der Kampf um die Arbeitsbedingungen“ die große folgenschwerere Bewegung im Berliner Baugewerbe im Jahre 1907 und die Tarifbewegung im Jahre 1908. Den Schluss des Buches bilden 14 Anlagen, die die wichtigsten Dokumente (das Geheimprotokoll, Sitzungsprotokolle, Schiedssprüche usw.) in ihrem Wortlaute wiedergeben.

Daß der Verbandsvorstand diese beiden Bewegungen in einem Buche behandelt hat, hatte zunächst nur einen äußeren Grund: ehe man daran gehen konnte, die Berliner Kämpfe zu beschreiben, zog schon die große Tarifbewegung herauf, so daß dazu gar keine Zeit blieb. Nachdem dann der Verlauf der Tarifbewegung gezeigt hatte, daß auch sie von dem Ausgang in Berlin beeinflusst war, war die Zusammenfassung auch sachlich geboten.

Auf den ersten Seiten schildert der Verfasser (Kollege Paepelow) den Wandel in den Arbeitsbedingungen der Berliner Maurer von der Gründung der ersten Organisation an bis zum Vorabend des Kampfes. Wir sehen das allmähliche Erstarken der Organisation und das diesem entsprechende Steigen der Löhne und Sinken der Arbeitszeit und sehen aus den vielen Kämpfen die Tarifverträge erwachsen mit ihren ruhigen Fortschritten in den Arbeitsbedingungen. Auf dieser Grundlage baut sich dann die Schilderung des großen Kampfes auf, der allen, die daran beteiligt waren, so viele Opfer auferlegte und der doch die Arbeiter um keinen Schritt vorwärts brachte. Ueber keinen Lohnkampf der letzten Jahre ist so viel geredet und geschrieben worden wie über diesen, besonders hat er das Interesse unserer Kollegen im ganzen Lande in hohem Maße in Anspruch genommen. Manches scharf abfällige

Urteil ist über ihn gesprochen worden, und oft hat man ihn als ein Schulbeispiel eines Kampfes angeführt, wie er nicht sein soll. Auch hier an dieser Stelle hat er seine Würdigung erfahren. Unser Buch schildert nicht nur die Auseinandersetzung der Geschwisse, sondern gibt auch eine sachlich scharfe und immer das Wesentliche und Entscheidende heraushebende Kritik. Was sich sofort nach beendeten Kampfe nicht sagen ließ, was später auch die Tarifbewegung zu sagen verbot, das wird hier ungeschönt und immer in unangenehmer Form klargelegt. Von besonderem Interesse dürften die Reden sein, die in der bewährlichen Vertrauensmännerversammlung am 20. April gehalten wurden, wo erst die Verbandsvertreter und dann der große August Bebel vor dem Kampfe warnten. Es ist vergebens gewesen, aber die dort gehaltenen Reden, sowohl die von Befürwortern wie von Gegnern des Kampfes, verdienen noch heute gelesen zu werden; denn sie enthalten Lehren und Grundzüge, deren Gültigkeit weit über den Fall hinausreicht, auf den sie gemünzt waren. So heißt es in der Wiedergabe der Rede Bebels auf Seite 31:

„Den Führern und Beamten der Gewerkschaften ist heute wiederholt der Vorwurf gemacht worden, daß sie die Beschlüsse, die die Mitglieder vor einer Kampfen Reihe von Monaten in Bezug auf diese Forderung gefaßt hätten, nicht respektierten, daß sie jetzt abwiegelten und daß sie den Mitgliedern zumuteten, auf diese Forderung zu verzichten. Es sind über diese Handlungsweise sehr harte Worte gefallen. Ich muß die Beamten in dieser Beziehung entschließen in Schutz nehmen. Das wären keine Führer, wenn sie nicht die Pflicht und Schuldigkeit empfänden, bevor sie in einen so schweren Kampf eintreten, noch einmal genau zu erwägen, ob die Situation dazu einigermaßen angetan ist, diesen Kampf mit Aussicht auf Erfolg führen zu können; ich betone ausdrücklich „einigermaßen“; denn bei keinem Kampfe, den die Gewerkschaften aufnehmen, wenn er auch unter verhältnismäßig günstigen Umständen aufgenommen wird, kann man sagen: der Sieg ist gewiß. Es hängt von den verschiedenen Umständen ab, die man nicht immer von vornherein übersehen kann. Wenn nun also die Führer der Gewerkschaften heute der Meinung sind, daß das, was vor Monaten sie selber angeregt und unterstützt haben, heute aus bestimmten Gründen unburchführbar sei, dann meine ich, sollte man ihnen daraus nicht einen Vorwurf machen, sondern ihnen im Gegenteil Anerkennung zollen; denn das beweist, daß sie es mit ihrer Verantwortung sehr ernst nehmen. Die Führer sollen nicht etwa (Kavisch) den Wünschen der Masse folgen, sondern sie sollen nicht allein die speziellen Zustände in dem betreffenden Gewerbe, sondern auch die allgemeine Verhältnisse studieren und prüfen und danach entscheiden, ob gewisse Schritte getan werden können. Wenn ich bestimmte Forderungen stelle oder gar einen Kampf aufnehme, dann habe ich vorher das Terrain gründlich zu prüfen; ich muß wissen, wie die Umstände beschaffen sind, unter denen ich den Kampf aufnehmen kann. Das wäre ein schlechter, ja geradezu ein gewissloser General, der seiner Armee empfiehlt, den Kampf aufzunehmen, wenn er mittlerweile die Ueberzeugung gewonnen hat, daß dieser Kampf nicht durchführbar ist.“

„Diese hochbeachtliche Rede des angesehensten Arbeiterführers fand zwar einigen Beifall“, heißt es in dem Buche, aber die Mehrheit ließ sich nicht belehren. Man entschied sich mit 74 gegen 23. Stimmen gegen den Schiedsspruch, und diesem Votum entsprach auch die Urabstimmung am 23. April, an der sich übrigens nur ungefähr ein Drittel aller Zweigvereinsmitglieder beteiligte. Das Verhängnis nahm seinen Lauf, alle Versuche, es aufzuhalten, scheiterten an dem Fanatismus der Mehrheit. Der Verlauf des Kampfes wird sehr eingehend geschildert, und wie das Buch mit Bedacht und Interesse liest, der erlebt innerlich noch einmal jene schweren Wochen, wo man mit steigender Besorgnis den allwöchentlichen Bulletins entgegen sah. Aber nicht nur die Ereignisse, die Taktik und das Verhalten bei den Arbeitern, sondern auch bei den Unternehmern werden kritisch dargestellt. Wir können das hier nicht nachzählen, das Buch will gelesen sein. Aber eine darin erörterte Frage sei auch hier gestreift. Man hat nach der Bewegung häufig die Ansicht gehört, der Verbandsvorstand hätte von dem ihm statutarisch zustehenden Rechte Gebrauch machen und die

Unterstützung des Kampfes aus Verbandsmitteln ablehnen sollen. Diese Ansicht hat gewiß manches für sich. Zu seinem Rechte wäre der Verbandsvorstand sicher gewesen, wenn er so gehandelt hätte, und da er fest überzeugt war, daß der Kampf nicht den angestrebten Erfolg haben könnte, so wäre es wohl seine Pflicht gewesen, es zu tun. Aber er hat es trotzdem nicht getan. „Auch dadurch wäre der Kampf wahrscheinlich verhindert worden. Die Vorstände haben statutarisch die Macht in der Hand, die Mittel der Organisation zur Führung eines Kampfes zu verweigern, nicht aber haben sie die Macht, die Kollegschaft zur Anerkennung eines Schiedsspruches oder sonstiger Vorschläge zu zwingen. Und wenn es trotzdem bei der Ablehnung blieb, dann wäre es doch zur Aussperrung gekommen; ja erst recht, denn der Unternehmerverband wußte ja dann, daß die Arbeiter ihre stärkste Stütze verloren hätten. Die Folge wäre wahrscheinlich der völlige Zusammenbruch der Arbeiterorganisationen gewesen. Verlassen von der Gesamtorganisation, hätte sich gegen diese der ganze Groll der unterlegenen Arbeiterschaft gewendet. Was viele Kollegen heute noch nicht einsehen wollen, daß für einen erfolgreichen Kampf alle Voraussetzungen fehlten: dann hätte es niemand eingesehen, sondern alle Schuld wäre den Verbänden zugeschoben worden, deren Vorstände aus Dünkel und Überwitz die Mitglieder in ihren Rechten schmälern, sie in der Dummheit erhalten und an der Entfaltung ihrer Kraft hindern.“ Die Organisation hat ja durch den Kampf schwer gelitten; wir hätten aber, jahrelang gewiß, nur Trümmern von Organisationen gehabt, wenn die Kollegen ihren Willen nicht bekommen hätten.“ Das deckt sich völlig mit der Auffassung, die auch an dieser Stelle mehrfach vertreten worden ist. Ja, das ist das verhängnisvolle Moment an diesem sonst recht niederdrückenden Kampfe: hat er auch gewaltige Opfer erfordert und schlimme Wirkungen gehabt, wir mußten sie hinnehmen, um noch schlimmeren vorzubeugen.

Der zweite Teil des Buches, Tarifbewegung 1908, beginnt mit einer Darstellung der Tarifpolitik des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe. Die strenge Ablehnung des Verhandlungsprinzips und die ebenso entschiedene Gegnerschaft gegen die Tarifverträge wandelte sich nur langsam, und gründlich erst dann, als die leitenden Personen des Arbeitgeberbundes erkannt hatten, wie ihnen die Tarifgemeinschaft die Möglichkeit schafft, ihren alten Lieblingsplan von den großen Aussperrungen zu verwirklichen. Das ist nämlich charakteristisch, daß die härtesten Gegner des Tarifvertragswesens nicht aus einer geläuterten sozialen Ueberzeugung, sondern aus scharfmacherischen Neigungen ihre Stellung geändert haben. Auf die Entwicklung, d. h. auf die Ausbreitung der Tarifverträge selbst hat das lange Streben der Unternehmer wenig Einfluß gehabt; in allen Gegenden des Landes hatten wir bereits Verträge im Baugewerbe, als der Bund offiziell noch immer ihr Gegner war. Nach der sehr gründlichen Schilderung dieser eigentlichen Vorgeschichte der Tarifbewegung folgt dann nach der zeitlichen Auseinanderfolge die Beschreibung der einzelnen Vorgänge, die alle noch so frisch im Gedächtnis sind, daß wir an nichts zu erinnern brauchen. Ebenjowenig wollen wir auf die „Schlußbetrachtungen“, die das letzte Kapitel bilden, näher eingehen; denn die Grundgedanken dieser Betrachtungen sind längst Allgemeingut der Kollegschaft geworden, und die interessanten Einzelheiten lassen sich nicht in diesem Rahmen wiedergeben, was ja auch unnötig ist, weil das Buch selbst dazu bestimmt ist, von recht vielen Kollegen gelesen zu werden.

Daß das geschieht, dazu möchten wir durch unsere Besprechung anregen. Das Buch wird an die Verbandsmitglieder für 75 S. abgegeben, es ist solide gebunden, der Druck ist klar und die Schrift groß genug, um ohne Ermüdung gelesen werden zu können. Darum werden,

so hoffen wir, viele Kollegen zu dem Buche greifen. Was man häufig als Klage hört, daß dies oder jenes Buch zu schwer zu verstehen sei, trifft hier nicht zu. In diesem Werke wird nicht theoretisiert und nicht philosophiert; in gedrungener Sprache und in straffem Satzbau reiht sich Handlung an Handlung, Tatsache an Tatsache, und wo die Darstellung in Reflexionen übergeht, da folgen die Gedanken und logischen Schlüsse ganz natürlich aufeinander, so daß man sagen muß, wenn sich der Verfasser die Aufgabe gestellt hat, diese beiden großen Bewegungen in ihrem Verlauf und in ihrer Bedeutung so zu beschreiben, daß auch der ungenüesteste Leser sich ein Bild davon machen kann, dann hat er diese Aufgabe völlig erfüllt.

Die „Reform“ der reichsgesetzlichen Arbeiterversicherung.

IV.

Wir wenden uns zu dem letzten Teile des Entwurfs einer Reichsversicherungsordnung, zu der Invaliden- und der Hinterbliebenenversicherung. Ersterer ist die jüngste der Schöpfungen auf dem Gebiete der reichsgesetzlichen Arbeiterversicherung. Das betreffende Gesetz, bezeichnet als das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz, wurde 1889 geschaffen. Seine Unzulänglichkeit und Mangelhaftigkeit wurde von Anfang an von der Arbeiterschaft empfunden; sie drängte auf Verbesserungen und zwar sowohl hinsichtlich der Ausdehnung der Versicherungspflicht, der Feststellung der Erwerbsunfähigkeit und der Höhe der Renten, als auch hinsichtlich der Altersgrenze und der Wartezeit. Für die Inangriffnahme der Revision bzw. für ihre Beschleunigung war jedoch hauptsächlich ein agrarisches Interesse bestimmend. Mehrere Versicherungsanstalten, so die für Ostpreußen und Niederbayern, die wesentlich Landarbeiter in ihren Bezirken haben, gerieten in schwere finanzielle Bedrängnis; das vorhandene Vermögen bot keine volle Deckung für den Kapitalwert der Renten; es war eine erhebliche größere Zahl Alters- und Invalidenrentner vorhanden als im Durchschnitt, während alle andern Versicherungsanstalten große Ueberdeckung hatten und so erheblich mehr Geld anzusammeln vermochten, als bei Schaffung des Gesetzes vorausgesetzt worden war. Die Agrarier drangen deshalb auf einen „Vermögensausgleich“. Im Februar 1897 ging dann dem Reichstage eine Vorlage der verbündeten Regierungen zu, die hauptsächlich darauf gerichtet war, die agrarischen Versicherungsanstalten zu entlasten und die Renten etwas günstiger zu bemessen. Diese Vorlage fand einen so energischen Widerspruch, daß sie gar nicht erst in die Kommission gelangte. Erst zwei Jahre später, im Januar 1899, wurde dem Reichstage ein neuer Entwurf unterbreitet, auf Grund dessen eine Revision durchgeführt wurde.

Das neue Gesetz wurde unter dem Titel „Invalidenversicherungsgesetz“ am 13. Juli 1899 vollzogen; es trat mit dem 1. Januar 1900 in Kraft. Es brachte wesentlich infolge der Bemühungen der Sozialdemokraten einige nicht unerhebliche Verbesserungen, so die Kürzung der Karenzzeit, die Erhöhung der Renten für mehrere Klassen, die Zahlung einer Invalidenrente nach sechsundzwanzigwöchiger Dauer der Krankheit, die häufigere Anwendung des Heilverfahrens usw. Leider gelang es den Sozialdemokraten nicht, die Einbeziehung der Hausgewerbetreibenden, wie überhaupt eine Erweiterung des Kreises der Versicherungspflichtigen zu erreichen.

Wäre es nach der Absicht des Zentrums gegangen, so würde, entsprechend einem von ihm 1897 eingereichten Antrage, die Versicherungspflicht eine Einschränkung auf die Arbeiter der Großindustrie erfahren haben und der Reichszuschuß abgeschafft worden sein. Es war das der alte Standpunkt des Zentrums.

In enger Verbindung nun mit der Invalidenversicherung regelt die Reichsversicherungsordnung die Hinterbliebenenversicherung.

Das Projekt der Einführung einer Hinterbliebenenversicherung stützt sich bekanntlich vornehmlich auf den § 15 des Zolltarifgesetzes vom 25. Dezember 1902, wonach die Mehreinnahmen aus einigen Agrarprodukten (Roggen, Weizen, Schlachtvieh, Fleisch, Speck und Mehl) zur „Ergänzung der Durchführung einer Witwen- und Waisenversicherung“ zu verwenden sind. Diese Feststellung erfolgte nach einem Antrage des Zentrums, das dabei von der Absicht geleitet war, die Arbeiter „auszuschließen“ mit der Ungerechtigkeit und dem Unheil der agrarischen Lebensmittelmacherpolitik, der das Zentrum zum Siege verholfen hatte.

Es ist nicht möglich, auch nur mit einiger Sicherheit anzugeben, wie hoch die Mehreinnahmen sich stellen

werden; jedenfalls sind sie sehr schwankender Natur. Im Jahre 1906 haben sich Mehreinnahmen überhaupt nicht ergeben; im Jahre 1907 ist ein Betrag von rund 42 Millionen bereits erzielt worden. Für das Jahr 1908 liegt das Ergebnis noch nicht vor. Der Voranschlag für den Reichshaushalt sieht 53 Millionen Mark vor. In der Begründung der Reichsversicherungsordnung aber wird „gelagt, voraussichtlich“ werde am Jahresschluß überhaupt nichts zu vereinnahmen sein!

Daß eine Hinterbliebenenversicherung von so schwankenden, mehrfach sogar ganz ausbleibenden Einnahmen nicht abhängig gemacht werden kann, ist klar. Auch der Entwurf muß zugeben, daß eine befriedigende Lösung nur möglich ist durch Gewährung von Rechtsansprüchen auf bestimmte, von vornherein feststehende Leistungen. Er will deshalb die Bezüge der Hinterbliebenen von Schwankungen in den dafür zur Verfügung gestellten Mehreinnahmen aus den Agrarzöllen unabhängig gestalten. Um dies durchzuführen, wird vorgeschlagen, den § 15 des Zolltarifgesetzes durch gesetzliche Vorschriften zu ersetzen, die ebenso wie bei der Invalidenversicherung einen festen jährlichen Zuschuß des Reiches zu den Hinterbliebenenbezügen vorsehen.

Die weiteren Mittel sollen durch Beiträge der Versicherten und der Arbeitgeber beschafft werden.

Den Umfang der Versicherung für den Fall der Invalidität, des Alters und zugunsten der Hinterbliebenen von der Vollendung des 16. Lebensjahres an zieht der Entwurf etwas weiter als das Invalidenversicherungsgesetz; es wird ausgedehnt auf Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken und auf Personen, die als Bühnen- oder Orchestermitglieder beschäftigt werden, ohne Rücksicht auf den Kunstwert ihrer Leistungen. Die Hausgewerbetriebe bleiben leider auch hier wieder von der obligatorischen Versicherung ausgeschlossen. Es bleibt bei der bestehenden Bestimmung im Invalidenversicherungsgesetz (§ 21), wonach der Bundesrat die Versicherungspflicht auf bestimmte Berufswege, unter andern auch auf Hausgewerbetreibende, allgemein oder in gewissen Bezirken erstrecken kann. Als Hausgewerbetreibende im Sinne des Entwurfs gelten, entsprechend dem schon jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen, ohne Rücksicht auf die Zahl der von ihnen beschäftigten Personen, solche selbständige Gewerbetreibende, welche in eignen Betriebsstätten im Auftrag und für Rechnung anderer Gewerbetreibender mit der Herstellung oder Bearbeitung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt werden.

Die freiwillige Versicherung (Selbstversicherung) bestimmter Personenkreise kennt das Invalidenversicherungsgesetz schon jetzt. Ebenso die freiwillige Fortsetzung oder Erneuerung der Versicherung von Personen, welche aus einem die Versicherungspflicht begründenden Verhältnis austreten (Arbeiterversicherung). Der Entwurf bringt als Erweiterung die freiwillige Zusatzversicherung für versicherungsberechtigte Personen. Es wird dafür eine besondere Zusatzkarte vorgeschlagen, durch deren Einlegen in die Eintrittskarte ein Anspruch auf eine Zusatzrente für den Invaliditätsfall erworben wird. Mit dieser Einrichtung will der Entwurf, wie die Begründung sagt, den Wünschen des Mittelstandes, durch freiwillige Weiterversicherung höhere Renten erwerben zu können, entgegenkommen. Jedem Handwerker usw. soll die Möglichkeit gegeben werden, seinen Rentenanspruch nach Bedarf zu erhöhen.

Die im jetzigen Invalidenversicherungsgesetz bestehenden fünf Lohnklassen werden beibehalten; der Entwurf lehnt die von vielen Seiten geforderte Anfügung neuer Lohnklassen ab; die gesetzliche Wartezeit erfährt keine Abkürzung, nach wie vor sollen bei der Invalidenrente 500 und bei der Altersrente 1200 Beitragswochen und das vollendete siebzehnte Lebensjahr für den Rentenbezug maßgebend sein. Die hauptsächlich von den Sozialdemokraten energig vertretene Forderung der Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente von 70 auf 60 oder doch wenigstens auf 65 Jahre lehnt der Entwurf ab mit der Begründung: daß sich bei Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre eine Mehrbelastung von rund 80 Millionen Mark jährlich ergeben würde, wovon über 55 Millionen auf die Versicherungsträger und nahezu 25 Millionen auf das Reich entfallen. Die Herabsetzung der Altersrente auf 65 Jahre würde eine Mehrbelastung von 28 1/2 Millionen bringen. Unres Erachtens wird durch diese Berechnung die Berechtigung der Forderung der Herabsetzung der Altersgrenze nicht erschüttert. Lohnarbeiter, die bis zum sechzigsten Jahre unter Sorgen, Leid und Entbehrungen aller Art sich abzuräumen gezwungen waren, haben die Altersrente wahrlich reichlich verdient. Die Ausübung der Erwerbsfähigkeit im Alter von 60 bis 70 Jahren ist

bei Lohnarbeitern doch in der Regel nichts anderes als die durch den Zwang der Not bewirkte Aufopferung des letzten Restes von Arbeitskraft. Da dürfte in einem Gesetz, das der „sozialen Fürsorge“ dienen soll, eine jährliche Mehrausgabe von 80 bzw. 28 Millionen keine große Rolle spielen.

Wandlungen in der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

II.

E. Die christlichen Gewerkschaften hatten bald Gelegenheit, zu erfahren, daß es mit der Hoffnung, durch Friedfertigkeit und Bescheidenheit zum Ziele zu kommen, eitel Wind war. Der Unternehmer fragt nicht danach, von wem und in welcher Form Forderungen erhoben werden; ihm genügt es, daß überhaupt Ansprüche an den Geldsack und das Herrtum gestellt werden, um jeden, ob er sich ihm nun in christlichem oder in sozialdemokratischem Gewande naht, ob er sein Recht unter Berufung auf das Christentum oder auf den Klassenkampf geltend macht, mit gleicher Entschiedenheit abzuweisen. So ist es den Christlichen gegangen vom ersten Tage ihres Daseins, so sind sie gezwungen worden, zum Ausgange zu greifen und den Klassenkampf auszuüben, wenn sie ihn auch, um sich von den sozialistischen Organisationen zu unterscheiden, in ihren Agitationsreden und Zeitungsaufstellungen verwarfen. Hier und da brach auch bei ihnen die Erkenntnis der Wahrheit durch, daß der Klassenkampf nicht eine sozialdemokratische Erfindung sei, sondern sich als eine geschichtliche Notwendigkeit für die Arbeiterklasse von dem Augenblick ab ergebe, wo sie an die Verbesserung ihrer Lebenslage herangeht. So, wenn in der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ (September 1907) dargelegt wird, daß die neuzeitliche Entwicklung zwei Klassen: den Kapitalisten und den Proletarier, den Unternehmer und den Arbeiter, geschaffen habe. Der Arbeiter sah den Kapitalisten reicher und mächtiger werden, sich selber aber arm und gedemütigt bleiben. „Da schloß ein Band sich um die Angehörigen der neuen Klasse, das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit der Enterbten. Sie, die Neustücker der neuen Zeit mit erworbenem Halsen, wollten nicht immer die Stiefkinder der neuen Zeit sein; sie wollten ihre Rechte wahrnehmen und, wenn nötig, in energischem Kampfe erobern. Und so konnte es nicht ausbleiben, daß die beiden Klassen des modernen Industriebolkes über kurz oder lang miteinander in Gegenüber- und Widerstreit gerieten: Zum Kampfe von Klasse gegen Klasse.“

„Oder wenn in dem Blatte des christlichen Holzarbeiterverbandes (Juli 1907) mit einer Deutlichkeit und Entschiedenheit, wie es besser auch von unserer Seite aus nicht geschehen könnte, erklärt wird: „Gewerkschaften müssen Kampfsorganisationen sein; entbehren sie dieses Charakters, so erfüllen sie in der gegenwärtigen Zeit nicht ihre Aufgabe... Ohne durchgreifende Kämpfe wird die Arbeiterchaft nicht in den dauernden Besitz wirtschaftlicher, sozialer und politischer Gleichberechtigung kommen... Es gilt, in der Arbeiterbewegung nicht den Kampf zu führen allein gegen die Gewinnsucht der Arbeitgeber, sondern der Kampf richtet sich in seinem Endziel gegen alles das, was sich der Gleichberechtigung der Arbeiter auf allen Gebieten unserer Kultur entgegenstellt.“

Und ausdrücklich wird bei dieser Gelegenheit hervor gehoben, daß „die Erwartungen derer getäuscht werden, die da glauben, daß mit der Tarifbewegung und deren Anerkennung durch die Arbeitgeber die wirtschaftlichen Kämpfe beendet werden.“ — Also: der Klassenkampf ist eine geschichtliche Notwendigkeit; die Gewerkschaften müssen Kampfsorganisationen sein, und das Endziel der Arbeiterbewegung ist die Gleichberechtigung der Arbeiter auf allen Gebieten unserer Kultur, was dem Sinne nach dasselbe ist wie Aufhebung der Klassenunterschiede, Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung! Selbstverständlich werden die Christlichen nicht davon ablassen, daß sie grundsätzlich im tattisch auf andern Boden stehen als die Sozialdemokratie und die mit ihr haltende Gewerkschaftsbewegung — wo sollten sie sonst ihr agitatorisches Material gegen uns hernehmen, wie sollten sie sonst es wagen dürfen, sich der Regierung und den bürgerlichen Parteien als die „Wespen“ zu empfehlen, und wie sollten sie es sonst rechtfertigen können, anfast in Meiß und Gieß mit der einen, großen Massenbewußten Arbeiterbewegung sich im Gefolge des kapitalistisch-agrarisch-zünftlichen Zentrums die „Gleichberechtigung in wirtschaftlicher, politischer und sozialer Hinsicht“ zu erzwingen!

Gleichviel indes, das praktische Verhalten der Christlichen bei Lohnbewegungen und andern Maßnahmen zur Besserung der Lebenslage der Arbeiter hat genügt, ihnen die Gunst der Unternehmer, die sie anfangs als Stumm

inländischer Herkunft ist, wird der volle Zoll vergütet. Das geschieht in der Weise, daß bei der Ausfuhr Scheine ausgestellt werden, die jedes Zollamt als Zahlung annehmen für die bei der Ausfuhr von Getreide, Mehl, Kohlen und Petroleum zu entrichtenden Zölle. Darin begriffen ist falkschädlige Ausfuhrprämie, die nach der gegenwärtigen Lage des Weltmarktes etwa M. 55 auf die Tonne Weizen und M. 60 auf die Tonne Roggen beträgt. Es handelt sich um eine Liebesgabe (Schmucker) an die Exporteure, um eine Verschärfung und Steigerung der durch die agrarischen Schutzzölle so wie so schon bewirkten Standstillen Ausnutzung des Volkes.

Wie die Verhandlung über die sozialdemokratische Interpellation bei der überwiegend agrarischen Zusammensetzung des Reichstages und der Geneigtheit der Regierung für die agrarischen Interessen auslaufen würde, war vorauszu sehen.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Mollenhuth schilberte in seiner Begründung der Interpellation die Ungerechtigkeit und die unheilvollen Wirkungen des Zolls- und Ausfuhrschonensystems. Er wies u. a. darauf hin, daß die Preissteigerungen geradezu verhängnisvoll sind, weil sie mit einer wirtschaftlichen Krise zusammenfallen. Seit Monaten haben wir mehr als eine Million Arbeitslose im Lande. Zu der Brotteuerung komme die Fleischteuerung. Wir haben es in Wirklichkeit schon mit Hungersnotpreisen zu tun, die das Glied der Massen vermehren. Und dazu sollen nun 400 Millionen Mark neuer Verbrauchssteuern kommen!

Die Gründe, die für die Aufhebung der Getreidezölle und des Ausfuhrschonensystems sprechen, sind sehr zwingender Art. Aber die konservativ-liberalen, national-liberalen, die sozialdemokratischen und die sozialistischen Parteien, die seit der Zeit der Zolltarif- und des Ausfuhrschonens geschaffen, hielt am 30. Juni fest an diesen Zöllen und diesem System. Und die Regierung trat ihr bei. Der Staatssekretär v. Besenmann-Hollweg verkündete, daß die verbündeten Regierungen „im wohlüberlegten wirtschaftspolitischen Interesse des Ganzen“ (!) an der seitlichen Wirtschaftspolitik festhalten. Die Mehrheit des Hauses wünscht von der Regierung eine „Denkschrift“ über die Wirkungen der Ausfuhrschone. Das ist natürlich Humbug; denn die Ausarbeitung von Denkschriften erfordert Zeit, und sie verpflichten zu nichts.

Die Debatte wurde auch unbestimmte Zeit vertagt. Die Sozialdemokraten aber werden nicht ruhen, im Interesse des Volkes gegen den Brotwucher weiter ihre Schuldbüße zu tun.

Am 1. Juli begann der Entscheidungskampf um die neuen Steuern. Das Wühlende der ungewissen Situation bestand noch fort. Man erfuhr, daß die „Ausgleichs“-Verhandlungen zwischen der Regierung und dem schwarzen Block fortwähren. Zunächst gelangte die Biersteuervorlage zur zweiten Beratung, in die zwei sozialdemokratische Redner, die Abgeordneten Jubel und Dr. Südekum scharf opponierend eingriffen. Die Vorlage wurde im wesentlichen nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen. Der entscheidende § 6 fand bei nahezu voller Befassung des Hauses mit 196 gegen 138 Stimmen bei 15 Enthaltungen Annahme. Vergebens trat der Zentrumsabgeordnete Steinl, ein bayerischer Bierbrauer, oft die lauteste Forderung erhebend, für mildere Bestimmungen zu Gunsten des bayerischen Bieres und der bayerischen Biertrinker ein. Für den Fall einer Bierpreissteigerung prophezeite er, daß dann in Bayern „mit Maßkrügen gesprochen“ werden würde; denn Bier sei dort ein Nahrungsmittel. Viele Landarbeiter wollen gar keinen Vorlohn, aber Bier wollen sie“, bis zu fünf Liter den Tag und mehr. „Dabei geht es uns gut und sind wir gesund.“ Die bewilligungsfreudige Mehrheit hatte auch für diese Argumente bayerischen Bierkummers kein Verständnis.

Eine kleine Ueberraschung bereitete Herr v. Bethmann-Hollweg dem Hause, indem er außerhalb der Tagesordnung das Wort nahm, um eine gemeinschaftliche Erklärung des Bundesrats zu verlesen, wonach zwischen diesem und dem Reichstag „unbedingte Übereinstimmung in der ganzen Steuerpolitik bestehe.“ Das Haus nahm diese Ueberraschung mit großer Heiterkeit auf.

Am Abend des 1. Juli protestierten in Groß-Berlin dreißig sozialdemokratische Massenversammlungen gegen die neue ungeheuerliche Mehrbelastung des Volkes. Mit diesem Protest wurde die Forderung: sofortige Auflösung des Reichstages, verbunden.

Tags darauf erlegte der Reichstag die Tabaksteuervorlage in siebenstündiger Sitzung. Der sozialdemokratische Abgeordnete Mollenhuth ging mit der Vorlage scharf ins Gericht. Er wies unter anderem darauf hin, daß durch ein solches Gesetz die Tabakindustrie ungeheuer geschädigt werden würde. Man kann damit rechnen, daß mindestens 20 000 Arbeiter brotlos und eine Masse kleiner Fabrikanten und Händler dem wirtschaftlichen Ruin überantwortet werden.

Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion fordert Entschädigung der brotlos werdenden Arbeiter und Arbeiterinnen, und zwar: wenn sie kurzzeit des Eintritts der Arbeitslosigkeit mindestens ein Jahr, aber nicht länger als zwei Jahre sich als Kabalarbeiter oder Arbeiterinnen ernährt haben, den Betrag eines Jahresarbeitsverdienstes, mindestens aber M. 500; wenn der Arbeiter oder die Arbeiterin sich länger als zwei Jahre, aber weniger als zehn Jahre als Kabalarbeiter oder Arbeiterin ernährt hat, den dreifachen Betrag des Jahresarbeitsverdienstes, mindestens aber M. 1500;

wenn der Arbeiter oder die Arbeiterin sich länger als zehn Jahre als Kabalarbeiter oder Arbeiterin ernährt hat, den fünffachen Betrag des Jahresarbeitsverdienstes, mindestens aber M. 2500.“

Dieser Antrag wurde mit 296 gegen 57 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten außer den Sozialdemokraten nur einige Freisinnige, u. a. Gohsheim, Dohrn, Naumann und Dr. Neumann-Soffer. Annahme mit 341 gegen 12 Stimmen fand ein Antrag des Zentrumsabgeordneten Giesberts, der erst nach dem sozialdemokratischen Antrage, und ohne Zweifel durch diese veranlaßt, an das Haus gelangte und eine Abschätzung jenes Antrages ist. Er lautet:

„Aus den Einnahmen auf Grund dieses Gesetzes sind den Landesregierungen, je nach dem festgesetzten Bedürfnis, entsprechende Beträge zu überweisen, aus welchen diejenigen Hausgewerbetreibenden und Arbeitern, welche innerhalb des ersten Jahres nach Inkrafttreten dieses Gesetzes vorübergehend oder für längere Zeit arbeitslos werden, ohne anderweit eine entsprechende Beschäftigung zu finden, oder welche wegen notwendigen gewordenen Berufswechsels geschädigt werden, Unterstüßungen gewährt werden. Die näheren Vorschriften über Umfang und Bedingungen der Zuwendungen erläßt der Bundesrat, jedoch mit der Maßgabe, daß die Unterstüßung im Falle eingetretener Arbeitslosigkeit nicht weniger als drei Viertel des entgangenen Arbeitsverdienstes betragen darf.“

Das Gesetz wurde in der Kommissionsfassung mit einigen zwischen Regierung und Mehrheit vereinbarten Änderungen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der liberalen Parteien angenommen. Der entscheidende § 1 a erhielt eine Mehrheit von 191 gegen 151 Stimmen, bei 10 Stimmenthaltungen. Bevor das Haus dann am 3. Juli an die zweite Beratung der Branntweinsteuervorlage ging, gab eine parlamentarische Korrespondenz bekannt, daß zwischen der Regierung und dem schwarzen Block folgendes Steuerkompromiß getroffen worden sei:

„Die gesamten 500 Millionen Mark werden bewilligt, ohne daß neue Erbschaftsteuern vorgehen sind. Die Gesamtsumme der indirekten Steuern wird auf 397 Millionen Mark herabgesetzt. Von den bisherigen Steuerplänen der neuen Mehrheit fällt die Mühlenmehlststeuer und der Kohlenausfuhrzoll. Die Rotierungssteuer wird vielleicht unter Verzicht auf den Namen zu ermäßigten Sätzen bewilligt, so daß sie etwa die Hälfte der ursprünglich vorgesehenen Summe einbringt. Ein Teil der Rotierungssteuer soll jedoch nur mit der Maßgabe bewilligt werden, daß er bloß für drei Jahre Geltung hat. Zum Ersatz dieses Teiles der Rotierungssteuer soll dann die Wertwachstumssteuer auf Immobilien und Wertpapiere von der Regierung vorgelegt werden. Der Stempel auf Feuerversicherungsplänen soll in Höhe von 20 Millionen Mark bewilligt werden — vorgezogen waren 35 Millionen Mark. Schenksteuer, Wechselstempelsteuer und Effektenstempelsteuer bleiben bestehen. Aufrecht erhalten wird auch die Fahrartensteuer und ebenso die Zuckerversteuer, an deren Ermäßigung bekanntlich gedacht war. Die Matricularbeiträge werden um 25 Millionen Mark, das heißt auf 80 % pro Kopf erhöht.“

Die nächsten Tage werden Gewißheit darüber bringen, ob auf dieser Grundlage das „große Werk der Reichsfinanzreform“ zustande kommt: Möglich, daß noch einige formale Schwierigkeiten zu überwinden sind. Dieses Kompromiß würde den völligen Kotau der verbündeten Regierungen vor dem schwarzen Block bedeuten. Nachdem sie einmal die Erbschaftsteuer preisgegeben hatten, gab es für sie kein Halten mehr.

Am 3. Juli wurde in zehnstündiger ununterbrochener Sitzung der Branntweinsteuerentwurf erledigt, und zwar in der Hauptsache entsprechend den Vorschlägen des schwarzen Blocks. Der Regierungsentwurf forderte bekanntlich das Zwischenhandelsmonopol des Reichs mit Branntwein und die Beseitigung der Liebesgabe an die Brenner. Es schien den Schnapsjunkern für die Befriedigung ihres Schmarotzerinteresses dienlicher, mit Hilfe des Zentrums und der Antisemiten das Reichsmonopol abzulehnen, obwohl es ihnen große Vorteile gewährte. Es war ihnen vor allem um die Erhaltung der Liebesgabe zu tun. Das neue Gesetz bringt mit Zustimmung der Regierung das sogenannte Kontingent. Darunter ist die Einrichtung zu verstehen, daß für einen Teil des erzeugten Spiritus die Steuer wie bisher schon um M. 20 pro Hektoliter niedriger ist. Diese Steuerermäßigung schließt die Liebesgabe in sich; sie kommt den Spiritusproduzenten zugute, und zwar vorwiegend den Besitzern landwirtschaftlicher Brennereien. Berechnet nach der Spiritusproduktion des Jahres 1907/08 beläuft sich diese Liebesgabe auf 46 Millionen Mark; diese Summe entgeht dem Staatserfiskus zu Lasten des Volkes. In dem standstilligen System der Volksausbeutung ist die Branntweinliebesgabe mit der schlimmsten Zug agrarischer Unverschämtheit und Gewissenlosigkeit. Sie kommt der Summe gleich, die die Tabaksteuer aufbringen soll. Aber statt einer dieser Steuern, die eine große Industrie schwer schädigt und besonders viele

Tausende von Arbeitern hart trifft, hatten die Konservativen im Bund mit dem Zentrum und den Antisemiten den verberberischen Mut, die Liebesgabe beizubehalten!

Den oppositionellen Standpunkt der Sozialdemokraten vertrat in gebührend scharfer Weise der Abgeordnete Dr. Südekum. Auch die Redner der liberalen Parteien ließen es an energischer Bekämpfung der infamen Vorlage nicht fehlen. Der Kampf war ein sehr heftiger. Nicht weniger als 88 Änderungsanträge lagen vor. Die Debatte führte natürlich die Debatte nicht in der Hoffnung die neue Mehrheit erschüttern zu können. Sie genigte der Pflicht, das monströse Maßwerk offen vor aller Welt in seiner ganzen Ungerechtigkeit und Verderblichkeit zu schildern und den Schnapsblod zu brandmarken. Der entscheidende § 2 wurde mit 207 gegen 143 Stimmen bei sechs Stimmenthaltungen angenommen. Nur in einem wichtigen Punkte war die Mehrheit genötigt, der Opposition nachzugeben. Sie verzichtete großmütig auf die Raufmännerteuer, so daß für diese niemand stimmte. Dafür aber entschädigte sie sich, indem sie in das Gesetz die Bestimmung aufnahm, daß der Xrimbranntwein mindestens 25 %t. Alkohol enthalten muß — eine Ungeheuerlichkeit, die geradezu darauf berechnet ist, die Schädlichkeit des Alkoholgeusses zum Vorteil der Produzenten zu fördern.

Ein sozialdemokratischer Antrag forderte: „Aus den Einnahmen auf Grund dieses Gesetzes sind den Landesregierungen, je nach dem festgesetzten Bedürfnis, entsprechende Beträge zu überweisen, aus welchen diejenigen Arbeitern und Angehörigen, welche innerhalb des ersten Jahres nach Inkrafttreten dieses Gesetzes vorübergehend oder für längere Zeit arbeitslos werden, ohne anderweit eine entsprechende Beschäftigung zu finden, oder welche wegen notwendig gewordenen Berufswechsels geschädigt werden, Unterstüßungen gewährt werden. Die näheren Vorschriften über Umfang und Bedingungen der Zuwendungen erläßt der Bundesrat, jedoch mit der Maßgabe, daß die Unterstüßung im Falle eingetretener Arbeitslosigkeit nicht weniger als drei Viertel des entgangenen Arbeitsverdienstes betragen darf.“

Dieser Antrag, der doch ganz gewiß ein durchaus berechtigter ist, wurde in namentlicher Abstimmung mit 192 gegen 139 Stimmen bei acht Stimmenthaltungen abgelehnt. Auch das Zentrum stimmte dagegen.

So hat denn die Mehrheit bis jetzt bewilligt: in voriger Woche 90 Millionen an kleinen indirekten und Verzehrssteuern; in den drei Tagen vom 1. bis 3. Juli sodann 100 Millionen Biersteuer, 47 Millionen Tabaksteuer und 80 Millionen Branntweinsteuer. Zusammen 317 Millionen!

Den größten Teil des neuen „Segens“ hat das Volk also schon. Die dritte Lesung wird an den Beschlüssen nichts ändern. Montag, den 5. Juli, hat man mit der Durchprüfung der Gesetzeswürfe, betreffend das Erbrecht des Staates, die Weinsteuern, die Elektrizitäts- und Gassteuer, Anzeigensteuer, Reichsstempel etc. begonnen. Die Mehrheit hat die Absicht, damit die „Finanzreform“ bis spätestens Sonnabend, 10. Juli, zu erledigen. Und dann will Willow, der so grausam Bestiegte, mit einer Ansprache an den Reichstag von diesem Abschied nehmen, bevor er das Kanzleramt, das er neun Jahre innegehabt, niederlegt.

Damit wird dann die tolle Tragikomödie der „Reichsfinanzreform“ zu Ende sein und das große Trauerspiel der Volksausbeutung wird weiter gehen.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland: Maurer:

Hansastädte:
Hamburg (Aussperrung aller Arbeiter des Baugewerbes);

Mecklenburg:
Sülze (Sperre über Holdorf), **Lübben** (Sperre über das Kaliwerk);

Brandenburg:
Bad Schönflüss (Aussperrung), **Lehni** (Sperren über-Koerber, Horn, Jacob in Lehni und Wendt in Götz), **Fürstenwalde** (Sperre über Pätzl);

Pommern:
Pyriz (Streik), **Troptow a. d. Rega** (Sperre über Paul Witke), **Bergen a. R.** (Sperre über Rudolf Wahl in Binz), **Wolgast** (Sperre über Peters in Lützensdorf), **Swinemünde** (Sperre über den Kirchenneubau in Ostwine), **Stralsund** (Differenzen mit dem Unternehmer Jurk-Stettin, Bauten der Provinzial-Heilanstalt);

Ost- und Westpreußen, Posen:
Koschmin (Streik), **Latowitz** (Sperre über die Unternehmer Laube und Kempen), **Sealfeld** (Sperre über Brosowski), **Danzig** (Sperre über Schmidt in Keitlau-Jungfer), **Bromberg** (Sperre über Krättschmar), **Lyk, Lötsen, Rawitsch** (Differenzen);

Königr. Sachsen:

Leipzig (gesperrt sind: Marien & Kunze, Bahnhofsbauten, Mülsen (Sperrn über E. Meier, Ortmannsdorf und F. Döhn, Mülsen-St. Niklas), Borsdorf (gesperrt sind die Bauten der Unternehmer Wilhelm in Borsdorf und Hanke in Panitsch), Zittau (Sperrung über Hüske in Weigsdorf), Bautzen (Sperrung über Scheibe), Ebersbach (Sperrung über die Bauten des Baumeisters Hauke), Frankenberg (Sperrung über den Unternehmer Winkler), Chemnitz (Sperrung über Pliemer und Haupt in Jansdorf, Walter in Adorf und Bost in Neukirchen), Grossenhain (Differenzen), Kirchberg, Oppach (Streiks);

Provinz Sachsen und Anhalt:
Goswig, Wettin a. d. S. (Streiks), Halle (Sperrung über Ifland in Passendorf), Weissenfels (Sperrung über die Unternehmer Menzel und Schiedt), Wölflis (Sperrung über Hoffmann in Ohrdruf);

Schlesien:

Bunzlau (Sperrung über die Tonröhrenfabrik von Hoffmann & Co.), **Märzdorf** (Sperrung über Schneider in Peiskerau und Scheundel in Grebelwitz), **Laskowitz** (Sperrung über Schmidt & Fabich), **Katowitz** (Differenzen), **Jauer, Landeshut, Militsch** (Streiks);

Thüringen:

Schlotheim (Streik), Arnstadt (Sperrung über O. Gressler), **Sachsa** (Sperrung über Buchholz in Braunlage), **Wölflis** (Sperrung über Hoffmann);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg:

Harburg (Aussperrung aller Arbeiter des Baugewerbes), **Holzminde** (Aussperrung), **Ahlten b. Lehrte, Walsrode, Neuhaus a. d. Elbe, Lungen** (Streiks), **Sulingen** (partieller Streik), **Hannover** (Sperrung über die Firma Berger & Co. aus Bromberg), **Nordenham** (Sperrung über die Bauten des Metallwerks), **Buxtehude** (Sperrung über Eisbein), **Sarstedt** (Sperrung über Reckebeil), **Vechna** (Differenzen);

Westfalen und Rheinland:

Vierns, Velbert, Heiligenhaus, Fönnischeide, Hilden, Ahlen-Bork-Selm (Streiks), **Saarbrücken u. Umg.** (Aussperrung), **Minden** (Sperrung über Akmann in Oberkirchen), **Düsseldorf** (Sperrung über Risse), **Herborn** (Sperrung über Rinn aus Giessen), **Bochum** (Sperrung über Behrenbeck in Stiegel), **Wickeda-Asseln** (Sperrung über Stiepelman), **Hagen i. W.** (Sperrung über Stieckmeier in Wetter), **Meinerzhagen** (Differenzen);

Hessen-Waldeck:

Biebesheim, Korbach (Streiks), **Bad Soden** (Sperrung über den Unternehmer Christian), **Büttelborn** (Sperrung über Kuhlmann und Kraus), **Hersfeld** (Sperrung über Tomporz);

Bayern:

Zirndorf (Streik), **Würzburg** (Aussperrung);
Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:
Pforzheim (Streik), **Worms** (Sperrung über Schmidt);

Fliessenleger:

Mülheim-Ruhr (Sperrung über Mühlenbruck & Mathies), **Cöln und Düsseldorf** (Sperrung über die Arbeiten des Zwischenmeisters Kurlbaum aus Bonn);

Isolierer und Steinholzleger:

Leipzig (Streik der Steinholzleger, Sperrung über die Firma Friedrich Wilhelm Krasse, Molktestr. 23), **Cöln** (Sperrung über die Korkelthwarke), **Chemnitz** (Sperrung über Ziegner & Fritsche), **Hamburg** (Aussperrung), **Berlin** (Sperrung über die Filiale der Gesellschaft „Fama“);

Oesterreich:

Bozen, Komotan, (Streiks).

Schweiz:

Winterthur (Streik), **Bern** (Differenzen);

Ueber die Arbeitsnachweise der Unternehmer in **Jena** und **Emden** haben unsere dortigen Kollegen den Boykott verhängt.

Kämpfe um den Arbeitsnachweis.

Die Anstrengungen der Unternehmer, sich durch Errichtung einseitiger Arbeitsnachweise ein wirksames Kampfmittel gegen die Arbeiter zu verschaffen, haben zu weiteren Zusammenstößen geführt. Das darf nicht überraschen, es ist vielmehr damit zu rechnen, daß sich diese Konflikte noch mehrern werden. Nachdem die Generalversammlung des Arbeitgeberbundes trotz unser Warnungen die Errichtung unpartitischer Arbeitsnachweise den örtlichen Verbänden als eine Hauptaufgabe zugewiesen hat, kann es gar nicht mehr ausbleiben, daß ungeachtet der bestehenden Verträge Streitfälle aufzulaufen, die sehr leicht einen solchen Charakter annehmen, daß sie den offenen Kämpfen kaum noch zu unterscheiden sind. Gegenwärtig bestehen solche Streitfälle in **Jena** und **Emden**.

Der noch einen leisen Zweifel in unsre Behauptung setzte, daß es den Unternehmern bei der Errichtung der Arbeitsnachweise nicht um die Förderung der Arbeitsvermittlung, sondern um die Bekämpfung der Arbeiterorganisationen zu tun sei, der mag den Streitfall **Jena** beachten. Dort plante die Stadt die Errichtung eines städtischen, also partitischer Arbeitsnachweises. Als Eröffnungstag war der 15. Juni vorgegeben. Als den Behörden dies bekannt

gegeben, beeilten sich die baugewerblichen Unternehmer Jena's, schnell, noch bevor sich der städtische Nachweis aufzurichte, ihrerseits einen, natürlich unpartitischer, Arbeitsnachweis zu errichten. Das gelang; am 12. Juni gab der Arbeitgeberverband bekannt, daß Arbeiter nur noch durch seinen Nachweis angestellt würden. Die Arbeiter schwiegen dazu nicht still. Sie teilten den Unternehmern mit, daß sie den Nachweis nicht anerkannten und eruchten um Unterhandlungen. Die Unterhandlung lehnte der Arbeitgeberverband ab, und zwar mit der Begründung, daß der Arbeitsnachweis nichts mit dem Vertragsverhältnis zu tun habe. Darauf hielten die drei kartellierten Verbände eine gemeinsame Versammlung ab und beschloßen darin, den Nachweis der Unternehmer zu sperren. In weiterer Verfolgung dieses Beschlusses ließ man den Arbeitsnachweis durch einen Posten beobachten. Nun schreien die Unternehmer Zeter und Mordio. Dieser Fall zeigt die Absichten der Unternehmer im besten Licht. Der partitische Nachweis der Stadt war ihnen unangenehm, weil sie dabei nicht auf ihre Rechnung kommen konnten, denn so ein Institut läßt sich gewöhnlich nicht zu Maßregelungen mißbrauchen, und um dem von vornherein das Wasser abzugablen, um eine unpartitische Arbeitsvermittlung zu hintertreiben, schickten sie der Stadt vorweg und gründeten ihr Maßregelungsbüreau. Wollen die Unternehmer bei dieser Sachlage noch länger bestreiten, daß es sich bei ihren Arbeitsnachweisen nur um einen herausfordernden Vorstoß gegen die Arbeiterorganisationen handelt? Es ist festzuhalten, daß sich unsere Kollegen, sobald sie von dem Plan der Unternehmer erfuhren, um die Anbahnung von Unterhandlungen bemühten. Sie wollten sich das Maßregelungsbüreau nicht gefallen lassen, aber sie wollten versuchen, ohne Störung des vertraglich fundierten Friedenszustandes die Differenz zu schlichten. Das wollten die Unternehmer nicht. Aber wenn nach ihrer Meinung der Vertrag nichts mit dieser Frage zu tun hat — ihr Vorsitzender Fritz-Essen und das Münchner Schiedsgericht sind darin anderer Meinung — so zogen die Arbeiter die Konsequenz und sagten: gut, dann können auch unsre Abwehrmaßnahmen nicht gegen den Vertrag verstoßen; denn sie sind gegen eine Einrichtung gerichtet, die nach Meinung der Unternehmer nichts mit dem Vertrag zu tun hat. Es ist sehr leicht möglich, daß dieser Kampf einen großen Teil des jenseitigen Baugewerbes erfaßt, und darum dürfte es sich empfehlen, die dortigen Vorgänge scharf zu beobachten. Der Beschluß der Arbeiterorganisationen, wonach der Arbeitsnachweis der Unternehmer gesperrt ist, gilt selbstverständlich für alle Verbandsmitglieder, und da auf anderem Wege kaum Arbeit zu erhalten sein wird, so liegt es im Interesse jedes Kollegen, jetzt nicht nach Jena zu gehen. Möglich ist es aber auch, daß die Unternehmer die zureisenden Kollegen ohne Benutzung des Arbeitsnachweises einstellen, um dadurch die Einheimischen zu dessen Anerkennung zu zwingen. Um so nötiger ist es, die dortigen Kollegen in ihrem Kampfe zu unterstützen.

In **Emden** sind die Kollegen ebenfalls der Schikanen des sogenannten Arbeitsnachweises überdrüssig geworden; auch sie haben die Maßregelungsbüreau gesperrt. In Emden sind zurzeit etwa 15 ansässige, verheiratete Kollegen arbeitslos. Ihre Bemühungen, in Arbeit zu kommen, waren ohne Erfolg. Dagegen wurden fremde Kollegen, die zufällig dort zureisten, eingestellt. Ein solches Treiben wollten sich die Kollegen nicht länger gefallen lassen. In einer Versammlung am 29. Juni wurde einmütig der Wunsch geäußert, daß fremde Kollegen jetzt nicht nach Emden kommen möchten, um den einheimischen Familienvätern den Kampf gegen das Uebermaß von Schikanen nicht zu erschweren.

So ist es also gekommen, was kommen mußte: die Abwehrbewegung gegen die heimtückischen Anschläge der Unternehmer zieht weitere Kreise. Das haben wir wie jeder Eingeweihte vorausgesehen und haben es den Unternehmern gesagt, bevor sie ihren herausfordernden Beschluß in Cassel faßten. Sie haben sich an unser Warnen nicht gehalten und haben unbekümmert um die Folgen ihre Absicht durchgeführt. Von dem Beschluß der Unternehmer über die Errichtung unpartitischer Arbeitsnachweise schreibt die „Soziale Praxis“ (Nr. 40 Spalte 1061):

„Man darf wohl erwarten, daß diese Beschlüsse ebenso wenig wie die früheren, in gleicher Richtung zielenden zur Verwirklichung gelangen. Enthalten sie doch einen harten Verstoß gegen den Geist des Arbeitskärpertrages und würden von jedem unpartitischen Schiedsrichter unbedingt als Vertragsbruch beurteilt werden. Der in diesem Sinne ergangene Spruch des Einigungsamtes München gegen die dortigen Bauarbeitgeber ist lehrreich und beutlich genug.“

Das ist das Urteil einer Zeitschrift, der man eine Voreingenommenheit gegen die Unternehmer durchaus nicht nachsagen kann, aber es ist gerecht. Werden die Unternehmer nun zur Vernunft kommen, oder wird ihnen dies Zugeständnis an den gekündeten Menschenverstand auch erst entrieffen werden müssen?

Gau Bremen.

Unsre Kollegen in der zum Zweigverein Danabrück gehörenden Baufirma Diefen haben Lebensforderungen an die Unternehmer gestellt. Diese haben aber jedes Zugeständnis abgelehnt. Den Unternehmern ist annehmend der bisherige Stundenlohn von 35 $\frac{1}{2}$ noch zu hoch. Unsre Kollegen, die 40 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn fordern, werden es den Unternehmern wohl noch begreiflich machen, daß sie etwas tiefer in denbeutel greifen müssen.

In **Ostfriesland** im Kreise Wittmund wird gegenwärtig ein großes Kulturwerk geschaffen. Zwei Moore, das Biesmoor und das Maskarimoor, werden kultiviert. Gleichzeitig wird eine elektrische Zentrale errichtet, die die umliegenden Dörfer sowie die Städte Embden und Wilhelmshaven und die obernburgischen Gemeinden Bant, Neppens usw. mit Licht und Kraft versehen soll. Drei Firmen führen zurzeit dort Arbeiten aus, und zwar Voswan & Knauer-Berlin, Schumacher-Ber und Sätz & Schröder-Hannover. Bei Ausführung der ersten Bauten wurden dort für Maurer Löhne von 65 $\frac{1}{2}$ bei neunzehnstündiger Arbeitszeit gezahlt. Gegenwärtig werden nur 50 $\frac{1}{2}$ bei zehnstündiger Arbeitszeit gezahlt. Unsre Kollegen haben deshalb die Forderung auf 60 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn bei neunzehnstündiger Arbeitszeit gestellt. Auch bessere Wohnverhältnisse wurden gefordert. Bisher mußten unsre Kollegen bei einem Preis von 1.1 bis 1.180 pro Tag im Feld kampieren, da Werkstätten nicht vorhanden waren. Selbst wenn unsre Kollegen stundenweit laufen, so sind die Einwohner auf den Dörfern doch nicht auf Besuchen eingetragelt, und so bleibt den Maurern nichts weiter übrig, als Nachts im Heu zu schlafen. In der letzten Woche sind nun einige Werkstätten gewonnen, aber das nötige Holz fehlt. Ein Klapp Strohhalm und etwas Sackleinen und das Werk ist fertig. Die Zustände spotteten jeder Beschreibung, und es wäre notwendig, daß die Behörden einmal ihr Augenmerk darauf richten würde. Unsre Kollegen sind dort wie eine Hammelferbe zusammengedrückt. Auch sind sie unter solchen Umständen darauf angewiesen, ihre freie Zeit im Wirtshaus oder im Heu zuzubringen. Am 29. Juni fand abends im benachbarten Orte Wosbarg eine Versammlung für sämtliche an den Bauten beschäftigten Maurer und Bauarbeiter statt, die zu der Frage der Lohnbewegung Stellung nahm und beschloß, die oben angeführten Forderungen zu stellen. Es ist nun notwendig, daß die Kollegen fest zusammenhalten und auch den letzten uns noch fernstehenden Kollegen für die Organisation gewinnen.

Gau Cöln.

Die Sektion der Führer des Zweigvereins Cöln hielt kürzlich eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, um Stellung zu nehmen zu den Verhältnissen im Fuhrergewerbe. Die allgemeine Wirtschaftslage, insbesondere die schlechte Konjunktur im Baugewerbe, hat es mit sich gebracht, daß auch in diesem Berufsgebiete nicht alles so ist, wie es wohl sein müßte. Es war im Jahre 1902, als sich die hiesigen Fuhrer dem Verbande anschlossen. Bereits im Frühjahr 1903 unterbreiteten sie den Unternehmern Forderungen; u. a. forderten sie auch die Abschaffung der Affordarbeit. Die Unternehmer verhielten sich ablehnend, so daß es zum Kampfe kam. Rote 17 Wochen, wovon die zwei letzten Wochen als Aussperrung zu betrachten sind, haben unsre Fuhrerkollegen im Kampfe gestanden. Es muß ihnen rühmend nachgesagt werden, daß sie trotz ihrer jungen Organisation zusammeng gehalten haben, wie dies wohl nicht immer und überall der Fall war. Der Kampf endete mit einem Tarifabschlusse, nicht allein für die Fuhrer, sondern auch für die Maurer und Baugewerksarbeiter. Dieser Tarifabschlusse brachte für alle drei Berufe wesentliche Verbesserungen. Die Befestigung der Affordarbeit wurde nicht erreicht; diese ist auch bis heute noch nicht erreicht worden, und zwar deshalb nicht, weil dies keine Machfrage ist, sondern eine Frage der Ueberzeugung. Die vollständige Befestigung der Affordarbeit wird erst dann möglich sein, wenn alle Kollegen von den Schäden eines derartigen Systems auch innerlich fest überzeugt sind und dementsprechend handeln. Solange es aber noch verhältnismäßig viele Kollegen gibt, die lieber in Afford als in Zeilohn arbeiten, wird man sich wohl in der Organisation mit sogenannten Reformen des Affordwesens einstweilen abfinden müssen. Hieron haben sich auch die hiesigen Fuhrer leiten lassen, indem sie die Preise für die einzelnen Arbeiten gemeinsam mit den Unternehmern festlegten und das sogenannte Schweißmeisterystem (Interaffordanten) beseitigten. Dies Verhältnis wurde bei dem Tarifabschlusse im Jahre 1906 und im vorigen Jahre wieder erneuert. Die betreffenden Bestimmungen sind aber, namentlich während der klauen Konjunktur, manchmal außer acht gelassen worden. Dadurch ist es heute soweit gekommen, daß die Unternehmer sagen: Tarifpreise zahlen ich nicht, in einer solchen schlechten Zeit muß die Arbeit billiger hergestellt werden. Tatsächlich haben sich unsre Kollegen auch manchmal verhalten lassen, die Arbeiten unter Tarif herzustellen, ohne daß die Organisation davon wußte. Damit nun endlich einmal auszuräumen und die Unternehmer an die tariflichen Bestimmungen auch in der schlechten Zeit zu erinnern, war der Zweck der Versammlung. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, daß die Fälle, wo die tariflichen Bestimmungen nicht erfüllt werden, festgesetzt werden sollen. Wo es sich um organisierte Unternehmer handelt, soll der instanzmäßige Weg (Schlichtungskommission und Einigungsamt) beschritten werden. In den Fällen, wo es sich um unorganisierte Unternehmer handelt, soll versucht werden, auf friedliche Weise den Tarif zu erwirken. Gelingt dies nicht, so soll die Arbeit eingestellt werden. — In der vorigen Woche ist es nun bereits zu zwei Sperrungen gekommen, und zwar bei der Firma Glasmacher aus Düsseldorf, die in Cöln-Cölln eine Anzahl Bauten ausführt, und bei der Baugesellschaft „Colonia“. Es ist nicht ausgeschlossen, daß im Laufe der nächsten Zeit noch mehrere Sperrungen folgen werden. Pflicht der Fuhrer sowie der Maurer ist es nun, strenge Solidarität zu üben und die Versammlungen zu besuchen. Wird das getan, dann werden wir in kurzer Zeit feststellen können, daß der Vertrag nicht nur auf dem Papier steht, sondern auch innegehalten wird.

Gau Danzig.

Aus **Danzig** schreibt man uns: In Jungfer, wo über die Bauten des Unternehmers Schmidt die Sperrung verhängt ist, scheint von den Behörden der kleine Belagerungszustand ver-

einmal persönlich mit dem Bauvorsitzenden zu reden. Diese Unterredung hat im Wesen der Streikleitung stattgefunden. Franz versprach, dafür zu sorgen, daß eine gemeinschaftliche Verhandlung in die Wege geleitet würde. Er hat aber damit sein Glück bei seinen Kollegen gehabt; der festgesetzte Termin ist nicht gekommen, ohne daß zur Verhandlung gekommen ist. Die Herren sind nicht Herr im Hause, sie möchten gern den großen Spiel ein Ende machen. ...

Der Kampf in Saarlouis ist beendet. Nachdem die Unternehmer mit den Bauarbeitern eine Einigung erzielt hatten, zeigten sie sich viel geneigter, namentlich auch unsere Kollegen entgegenzukommen. Das Zugeländnis, vom 1. August an 45 % zu zahlen, fand denn auch mit 41 gegen 19 Stimmen die Anerkennung unserer Kollegen.

In Wegeleben haben die Kollegen durch Verhandlung eine Erhöhung ihres Stundenlohnes von 22 auf 35 % erzielt.

Gau Mannheim.

In einem früheren Bericht aus Saarbrücken war schon erwähnt worden, daß es einer Anzahl unserer Kollegen gelungen ist, in Orten der Umgebung unterzukommen, und daß die Unternehmer mit Hilfe der schwarzen Liste bestrebt sind, sie wieder außer Arbeit zu bringen. In einigen Orten ist ihnen dies auch gelungen, so zuletzt in Saargemünd. Dort waren bei den Unternehmern Gebrüder Fink drei Kollegen von Auersmacher beschäftigt. Am 19. Juni ging einem von den Dreien folgendes Schreiben zu:

Herrn Johann Dinker, Auersmacher.

Heute, Samstag, abend, ging uns von Saarbrücken Arbeitgeberverband die Streikliste zu, mit der Aufforderung an uns, sämtliche in der Liste angeführten, bei uns beschäftigten Leute sofort auszusperren, welcher Aufforderung wir hiermit Folge leisten, indem wir Sie, den E h m e r und den S o f f m a n n sofort entlassen. Sie möchten es den beiden andern gest. mitteilen. Achtungsvoll Gebrüder Fink.

Wir hätten es Ihnen heute, Samstag mittag gesagt, wenn uns nicht die Liste so spät zugegangen wäre.

Auch bei den Unternehmern dieses und hernach wurden am 1. Juli einige Kollegen infolge des Treibens des hiesigen Arbeitgeberverbandes entlassen. Da aber andere Maurer nicht aufzutreten waren, wandten sich die Herren hauptsächlich an die Militärbehörde, und sie ist ihnen auch von dieser bereitwillig zuteil geworden. Man stellte den Unternehmern Solbaten zur Verfügung, die nun die Plätze der durch den Arbeitgeberverband auf das Straßenpflaster gemauerten Kollegen besetzt haben. Die Militärbehörde scheint sich also nicht an die Unternehmern, die Familienväter brotlos machen, hieberei bereit beizufügen. Wenn man schon das Weitzen des Arbeitgeberverbandes, alle hier ausgesperrten Maurer und Hilfsarbeiter, die in nächster Umgebung wie auch sonstwo in Arbeit gekommen sind, wieder auf die Straße zu bringen, dem moralischen Standpunkte verurteilen muß, so ist es höchst unerklärlich, wie die Militärbehörde dazu kommen konnte, die Unternehmern in dieser Hinsicht noch zu unterstützen. Einem unserer Kollegen, der daraufhin auf dem Bauamtsbüro vor sprach, wurde von dem Bauamtskommandeur die Antwort zuteil, daß die Solbaten dort arbeiten dürfen, wo keine Ausperrung oder Streik bestände. Wenn nun auch die hiesige Ausperrung nicht auf Saargemünd ausgebeutet ist, so mußte doch die Militärbehörde, wenn sie sich nicht in unzulässiger Weise in den Streit einmischen will, in diesem Falle den Unternehmern ihre Hilfe verweigern, indem ja die Unternehmer Maurer in genügender Zahl hatten und auch jetzt noch erhalten können. Sie durfte nicht ihre Hand dazu reichen, die Bauproben in ihrem Tun zu unterstützen; denn dazu werden denn doch die Spitze des Volkes nicht zum Militär eingezogen, damit sie gegebenen Falles einem ausperrungsunfähigen Unternehmern als billige Substitutionsobjekte zur Verfügung gestellt werden. Bei einer Rück sprache mit den Arbeitern im Wasserort erklärten sie, daß sie die Arbeit einstellen wollten. Einer von ihnen hat bis jetzt Wort gehalten und somit gezeigt, daß er mehr Verständnis für die Lage besitzt, als seine vorgesetzte Behörde. So sehr diese Gebaren der Militärbehörde auch zu verwirren ist, so sind doch diese Maßnahmen nicht geeignet, unsere Bewegung niederzudrücken; denn diese steht nach wie vor gut. Auch unsere streikenden Kollegen kann dies nicht entmutigen, im Gegenteil, sie werden jetzt erst recht an ihren Forderungen festhalten und dem Unternehmern die Probe liefern, daß sie es länger aushalten als die Unternehmer. So ganz fiesig gewöhnlich ist es denn auch im Unternehmernlager nicht auszuweisen, denn trotz ihres Ausperrungsbeschlusses sucht man möglichst viele Streikbrecher hierherzubekommen. Da dies bisher auf dem einfachen Wege nicht gelungen ist, versuchen es einige Unternehmer seit den letzten Tagen, Affordotonen anzunehmen. Einige Unternehmer sind bekanntlich auf der Meise, um solche Affordotonen zu suchen. Auch dies ist bis jetzt erfolglos geblieben und an der Solidarität der gesamten Kollegen wird auch dieser Plan zu scheitern werden.

In Worms retteten auch die Machtmittel des Staates den Unternehmer Paul Schmidt nicht vor der Einigung mit dem streikenden Bauarbeitern. Die Revolution, die nach der Meinung einiger Spielbürger in Worms kommen mußte, nachdem das Militär dort aufmarschiert war, kam nicht. Die Streikenden verhielten sich vollkommen ruhig. Und so hämmerte den Verantwortlichen des Militäraufzuges allmählich auf, daß sie sich unglücklich lächerlich gemacht hatten. Es war klar, daß der Streikamtmann viel lieber das Militär wieder los sein wollte, als die Streikenden. Deshalb bot er auch alles an, um eine Einigung zustande zu bringen. Schmidt bewilligte dann auch eine Lohnzulage von 11 pro Woche und stellte die Streikenden wieder ein. Damit war dieser dramatische Kampf zu Ende. Mit etwas mehr Mühe bei den Behörden und etwas mehr Verständnis für die Bedürfnisse der Arbeiter wäre das ganze Folge- und Militäraugebiet überflüssig gewesen. Das herangezogene Streikbrecherregiment wollte dann mit ephemerer Arbeiter nicht zusammen arbeiten. Die Italiener sowohl als die Bohrer zogen ab. Dies veranlaßte den Unternehmer Paul Schmidt, an die Wormser Arbeiter eine weitgehende Rede zu halten: es solle nun alles vergessen sein; er wolle in Zukunft die Organisation anerkennen und die Tarife einhalten. Wir wollen aber warten, ob Schmidt dies nun wirklich auch tut. Schließlich müssen wir uns noch mit dem Verhalten der Maurer von

Niederwiese (Zweigverein Mainz) beschäftigen. Diese Leute, die zum Teil Mitglieder unserer Organisation sind, brauchen es, 35 Mann stark, fertig, Streikbruch zu verheizen. Die Streikleitung hatte vorher einige Kollegen nach Niederwiese geschickt, um auf die Leute einzuwirken. Diese Kollegen waren in Niederwiese fast gefesselt worden. Die Streikleitung Vertreter zu werden. Es nützte alles nichts. Mit Mitteln und Revolvern bewaffnet zogen diese Menschen, begleitet von der Polizei, nach der gesperrten Bauhülle. Sie fielen deshalb auch hier an den Schandplatz gestellt. Der Zweigverein Mainz wird sich nun mit der zahllose Niederwieser zu beschäftigen haben. In den Reihen der organisierten Kollegen dürfen diese Leute keinen Platz haben.

Gau Nürnberg.

In Ansbach wollten die Unternehmer nach ihrem erzwungenen Sieg, die neu einzustellenden Kollegen aussuchen, und alle jene, die sich im Kampfe besonders hervorgetan zeigten, auf ein Jahr aussperren. Gelingen wird ihnen dieser Trick nicht; denn die Mehrzahl der Kollegen ist bereits untergebracht. Sollten noch einige übrig bleiben, so werden auch sie leicht auswärts untergebracht werden können.

In Markt-Neuditz haben uns die Unternehmer an den Bauarbeiterverband in Hof verwiesen, an den wir uns behufs Unterhandlung auch gewandt haben. In einem Schreiben an diesen Verband lagen die Unternehmer aus Markt-Neuditz, daß sie bereits 40 % Stundenlohn für Maurer und 30 % für Hilfsarbeiter zahlen. Daß dies genügend sei, gehe daraus hervor, daß die Leute selbst nichts verlangt hätten, mit Ausnahme einiger Nabaubrüder. Wenn also die Arbeiter ihre Lebenslage zu verbessern suchen, dann sind sie nach Ansicht der Bauunternehmer in Markt-Neuditz Nabaubrüder. Kollegen, merkt Euch diesen Ausdruck!

In Regensburg haben wir am 28. Juni den ganzen Tag und am 1. Juli noch einen halben Tag mit den Vertretern des Arbeitgeberverbandes verhandelt, wobei wir uns dahin einigten, daß der bisherige Vertrag mit folgenden Veränderungen bis zum 31. März 1910 verlängert wird: Der Mindestlohn für Maurer von 42 auf 45 % erhöht wird; der Mindestlohn für Arbeiter, der bereits einen höheren Lohn erhält, 2 % Zulage pro Stunde bekommt. Die wöchentliche Arbeitszeit von 66 Stunden bei Bezahlung von 60 Stunden bleibt bestehen. Für Überstunden wird ein Lohnzuschlag von 10 % bei Nachtarbeit ein solcher von 25 % gewährt. Wird mit Schichtwechsel gearbeitet, so erhält die Nachtarbeit 15 % Lohnzulage pro Stunde. Bei Wasser, Kanal- und Schachtarbeiten wird ein Zuschlag von 10 % bei Feuerungsarbeiten ein solcher von 20 % pro Stunde gewährt. Bei Überlandarbeit wird ohne Überstunden ein täglicher Zuschlag von 60 % und mit Überstunden ein solcher von 1,20 nicht jährlich gewährt. Eine sehr stark besuchte Versammlung stimmte diesen Abmachungen gegen eine Stimme zu. Damit ist die Bewegung in Regensburg für dieses Jahr erledigt, und die Kollegen können für das Jahr 1910 rufen.

In Würzburg ist es gelungen, auch den zweiten Trupp Berliner Streikbrecher abzuschießen, so daß, da neue Streikbrecher nicht hinzugekommen sind, nun wieder alle Bauten stillliegen. Inzwischen hat auch der Stadtmagistrat eingesehen, daß er Unrecht gehandelt hat, als er den Unternehmern zur Übertragung der Streikbrecher-Decken und dergleichen zur Verfügung stellte; denn er beschloß, die Decken usw. zurückzuführen. "Leider" konnten aber nicht mehr alle Decken abgeliefert werden, da die Streikbrecher eine Anzahl hatten mitgehen lassen, die nun der Unternehmer Leidschick erleben muß. Ferner beschloß der Magistrat, alle Decken und dergleichen auf Kosten der Unternehmer beschlagnahmen zu lassen. Einer der Herren Magistratsräte meinte noch, man hätte den Unternehmern die Decken deshalb zur Verfügung gestellt, damit sich die Streikbrecher nicht entziehen. Wenn nun unsere Stadtväter auch sonst so unbesorgt über die Arbeiter besorgt wären!

In Hirschdorf ist auch in der letzten Woche eine Klenderte in Kampfe eingetreten; jedoch sind von Seite des nordbayerischen Unternehmerverbandes Unterhandlungen eingeleitet, deren Ergebnis aber noch nicht bekannt ist.

Gau Oberschlesien.

Die Bewegung im Industriegebiet geht weiter. Unsere Kollegen und die Christlichen führen sie gemeinsam. Dagegen hat sich die Leitung der sogenannten katholischen Fachabteilungen der Unternehmern als Netter angeboten. Die Facharbeiter haben sich zur Weiterarbeit zu den alten Bedingungen bereit erklärt und sind nun meistens, sobald Leute heranzuführen wie die Unternehmer brauchen. Die Bewegung ist indes unter der ganzen Kollegschaft sehr populär, so daß diese Gefahr nicht besonders drohend ist. Auf Grund des Abkommens mit den Facharbeitern verlinken die Unternehmern und die ihnen mitige Presse, der Kampf im ober-schlesischen Baugewerbe sei beendet. Das ist natürlich Mümpig, er soll jetzt erst richtig losgehen. Ueber den gegenwärtigen Umfang können wir nicht berichten und über den Ausgang läßt sich ebensowenig etwas sagen. Die ober-schlesischen Maurer haben nichts zu verlieren, sie brauchen also nichts zu fürchten.

Gau Stettin.

Aus Pritz wird uns mitgeteilt, daß im Stande des Streiks eine Aenderung nicht eingetreten ist. Die Situation ist nach wie vor günstig, und wenn die Kollegen aus Bernau und Wollenberg ihr unsozialistisches Handeln aufgeben, muß der Sieg bald auf Seiten unserer Kollegen sein.

Gau Straßburg.

In Schweiler beschloß eine am 27. Juni abgehaltene Versammlung, den Unternehmern eine Lohnforderung zu unterbreiten. Der festgesetzte Stundenlohn beträgt 45 bis 50 %. Verlangt wurden 62 %. Bis Samstag, den 3. Juli, sollen die Unternehmer erklären, ob sie in Verhandlung treten oder unsere Forderung anerkennen wollen. Es steht zu erwarten, daß sich die Lohnfrage in Nähe regeln wird, da der Streik von 1906 auch den Unternehmern noch in guter Erinnerung sein dürfte.

Gau Stuttgart.

Nachdem in Donaueschingen die besten Wiesen abgegrast sind, ist endlich - glücklicherweise! - die berüchtigte Affordotonne Gärner aus Schwellingen abgereift; allerdings nicht, ohne einige Andenken zu hinterlassen. Die Kolonne Wagendrenner aus Hinterp

ist ebenfalls schon auf der Suche nach einem andern Platz. Wir warnen alle Zweigvereine vor diesen Affordotonen und hoffen, daß sie bei ihrem Aufstehen von Anfang an gebührend unter die Lupe genommen werden. Wie ver lautet, soll Konstanz als Baunabzugspfad der Pimperax auserselbst sein. Es sei darum ausdrücklich darauf hingewiesen, daß in Konstanz laut Beschluß vom 28. Mai jegliche Affordotonarbeit verboten ist und daß der Zweigverein Konstanz bei Zuwiderhandlungen auswärtiger Kolonnen ungekämpft beim Verbandsvorstand den Ausschluß solcher Mitglieder aus dem Verband beantragen wird.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Statistische Erhebungen. Seitens unseres Verbandes soll im Monat August auf allen Bauten Umfrage gehalten werden, um die Zahl der beschäftigten Kollegen, den Stand des Stundenlohnes und die Länge der Arbeitszeit festzustellen. Die näheren Mitteilungen sowie die Zubereitung des Rechenmaterials an die Zweigvereine erfolgen durch die Bauvorkände.

Jahrbuch 1908. Mit der Nr. 27 des „Grundstein“ ist für die Zweigvereins-Bibliotheken ein Exemplar des Jahrbuchs versandt worden. Bibliotheksvorstände, die es bis jetzt noch nicht erhalten haben, mögen dies umgehend dem Verbandsvorstand melden.

Sterbebegelb darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgesetzt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überreichen: a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und b) die Sterbenkunde.

Angehenden sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung auszusahlen ist.

Unterstützungsanweisungen sind in der Zeit vom 28. Juni bis 3. Juli für folgende Mitglieder erteilt:

- F. W. Ludwig-Hamburg, 28 234; J. Schirmer-Büben, 85 715; Jul. Raue-Bernau, 53 282; Fern. Wolf-Neu-Münster, 90 658; Joh. Röder-Nürnberg, 804 420; Karl Groß-Nürnberg, 460 950; L. Ripter-Anklam, 50 904; S. Steinfeldt-Gagenow, 255 307; R. Wehring, I. Zimmerrode, 104 836; R. Regenborn-Leipzig, 99 989; G. Schmalz-Nauen-Franz, 276 310; Aug. Boges-Burgdorf (Franz), 57 692; Fern. Wipe-Hamburg (Franz), 93 804; H. Koch-Hamburg, 27 908; Rud. Nitz-Hamburg (Franz), 26 238; S. Schmidt-Salzwedel, 98 145; H. Haag-Magdeburg, 43 362; Fr. Götze-Berlin (Franz), 502 640; Alb. Schlicht-Berlin (Franz), 11 196; K. Klauke-Berlin (Franz), 3238; B. Müller-Dresden (Franz), 189 738; Fr. Kuntzsch-Dresden, 19 455; M. Friebe-Dresden, 222 183; Joh. Wagemer-Barmen-G., 135 415; Aug. Wiefel-Gelle (Franz), 58 802; Fr. Danisch-Zeulendorf, 411 273; S. Piotrowski-Wolen, 44 372; Ed. Ring-Mühlberg (Franz), 288 208; K. Mendenfuß-Kreuzberg (Franz), 310 115; Max Witten-Golmar, 413 000; Otto Thieme-Merseburg, 408 100; Fr. Wanehoff-Stollberg, 249 611; Fern. Schmidt-Gronau (Franz), 285 911; Fr. Schneider-Gommern, 72 948; W. Werner-Duerfurt, 246 485; J. Weder-Watz, 40 973; Fr. Schmidt-Leipzig (Franz), 36 882; H. Weig-Königsberg i. Pr., 340 588.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Köfner, Hamburg I, Besenbinderhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postzettel anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 29. Juni bis 5. Juli 1909 sind folgende Beträge eingegangen:

- a) Für Beiträge und Eintrittsgelder. Angsburg 4, 600, Artern 1,50, Aibling 137,20, Arneburg 55,26, Bärnberg 20, Bunzlau 200, Baugen 793,05, Bodwitz 467,33, Belgern 78,60, Chemnitz 1500, Cunnersdorf 323,02, Cochlitz 90,64, Colmar i. Elb. 415,22, Dessau 200, Danzig 800, Düren 31,95, Delitzsch 153,41, Düsseldorf (Neub, Hard) 29,45, Edenbüchel 150, Göttesberg 70,59, Göttingen 5, Graudenz (vom Streit zurückgezahlt) 510,26, Glauchau 312,18, Gr.-Münnesleben 82,68, Herne 800, Herfeld 162,92, Landsberg a. d. Warthe 800, Schmied 59,48, Marienburg 163,90, Marktgraspietz 50,66, Meerane 297,37, Mühlberg-Fichtenberg 168,76, Marlow 71,84, Mümmelstr. 261,70, Naumburg 17,63, Nordheim 400, Neuhardenberg 155, Neuba 189,04, Osterburg 88,93, Pirna 887,61, Potsdam 800, Pöschel 161,06, Preßitz 27,64, Rendsburg 400, Rosheim 105,20, Roxheim 75,98, Schlotheim 147,75, Schwedt 119,75, Salzwedel (vom Streit zurückgezahlt) 85,85, Schiersee 61,65, Saara-Königszeit 63,24, Spandau 947,02, Senftenberg 400, Schwientochowitz 162, Teterow 100, Tribsees 124,66, Ulfen 216,37, Walsrode 38,77, Weißenburg 20, Wilsdorfshaven 1191,26, Wyl a. Föhr 107,80, Wurzen 167,27, Wegeleben 62,94, Zittau 400.

- b) Für Kalender. Schwientochowitz 4, 1. c) Für Festschiffe. Baugen 4, 5, Belgern 1, Cochlitz 1, Dessau 5, Delitzsch 3, Marlow 2, Mümmelstr. 2, Roxheim 1, Schwientochowitz 2,60, Wäpitz 5, Wyl a. Föhr 1, Wurzen 2,60, Walsrode 3.

- d) Für Poststoffe. Gr.-Münnesleben 4, 1. e) „Der Kampf um die Arbeitsbedingungen“. Baugen 4, 3,25, Bodwitz -75, Cunnersdorf 7,50, Colmar i. Elb. 7,50, Dessau 12,50, Delitzsch -75, Glauchau 4,50, Lindenau 1,50, Marlow 3,75, Meerane -75, Mümmelstr. 7,50, Pirna 12, Rosheim 4,50, Roxheim -75, Schwedt 1,50, Senftenberg 12, Wyl a. Föhr -75, Wilsdorfshaven 15,75.

Als verloren gemeldet sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen Martin Eitzsch-Hamburg (145 501), Heinrich Rothmann-Sannover (285 627), Joh. Damm-Regensburg (366 216), Anton Jacoby-Hauptkassa (267 259), Joh. Söllner-Wamborg

die Aussprache ergab, daß sie kaum darüber klar waren, daß es sich um Affordarbeit handelte. Gegen den sechsten Kollegen, der die anderen hinter sich führte, soll beim österr. reichlichen Verband der Ausschluß beantragt werden. Von sechs Kollegen unfres Verbandes, die ebenfalls in Afford gepußt hatten, wurden zwei, und zwar Buttrich und Häse, als Antifiser aus der Organisation ausgeschlossen. Kollege Wenzl, der nun schon zum zweitenmal in Afford pußte, soll M. 5 und die Kollegen Mai, Kumpf und Birnstein je M. 3 pro Woche an die Zweigvereinstafte bezahlen. Sämtliche Strafgebühren müssen innerhalb 14 Tagen abgeführt sein. Unter „Gewerkschaftliches“ kritisierte der Kassierer die Rauberei der Baudelegierten beim Einammeln von Lokal- und Verbandsbeiträgen. — Am 8. August findet das Gewerkschaftsfest statt. Die Mitglieder werden aufgefordert, sich recht zahlreich daran zu beteiligen.

Gliesenleger.

Wiesbaden. Nach zwoitägigen, oft fürmischen Verhandlungen ist am 28. Juni ein neuer Vertrag zustande gekommen. Der alte Vertrag lief am 30. Juni ab. Die neuen Bedingungen traten am 1. Juli in Kraft. Trotz der schlechten Geschäftslage war es der Organisation möglich, erhebliche Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Der Stundenlohn ist von 60 S auf 70 S erhöht worden. Nebenstunden werden mit 25 pZt., Nacht- und Sonntagsarbeit mit 75 pZt. Zuschlag vergütet. Im alten Vertrag war für Sonntags- und Nachtarbeiten nur ein Zuschlag von 50 pZt. vorgesehen. Während der Unternehmern früher nur Gerüste und Witten zu stellen hatte, dagegen alles andre Handwerkszeug und Arbeitsgeräth der Geber mitbringen mußte, sind die Klattengeschäfte nunmehr gehalten, auch die Seile, Eimer, Wichtlatten, Schaufeln, Besen usw. zu stellen. Bei auswärtigen Arbeiten sind die Aufträge auf 75 S bezw. M. 2 bei entfernteren liegenden Baustellen erhöht worden. Fahrgehalt und Vergütung werden im voraus bezahlt. Die Lohnzahlungsperiode umfaßt eine Woche und erfolgt bei größeren Arbeiten auf der Baustelle. Die Affordpreise sind teilweise erhöht; die Preise für neue Muster bedingungslos anieckmant worden. Das Warten auf Material wird im Tagelohn vergütet. Bauabrechnungen fanden bisher in jedem Vierteljahr einmal statt; nach dem neuen Vertrag innerhalb acht Tagen nach Fertigstellung der Arbeit. Zur Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Vertrage ist eine Schlichtungskommission eingesetzt, deren Urteil sich die Parteien zu unterwerfen haben.

Der neue Vertrag bringt den Kollegen also große Vorteile. An den Wiesbadener Gliesenlegern liegt es nun, den neuen Vertragsbestimmungen auf der ganzen Linie Geltung zu verschaffen. Die fernstehenden Kollegen, etwa acht bis zehn, müssen für den Verband gewonnen werden. Nur dann haben wir die Garantie, daß die neuen Vertragsbestimmungen auf der ganzen Linie zur Durchführung gelangen. Es ist zehnmal leichter, ohne Streit einen guten Vertrag mit den Unternehmern abzuschließen, als das Erreichte auch für die Zukunft zu erhalten. Wer von den Wiesbadener Gliesenlegern diesen in der Gewerkschaftsbewegung längst anerkannten Grundzug begreifen hat, wird seinen ganzen persönlichen Einfluß auf die noch unorganisierten Kollegen ausüben, um diese für den Verband zu gewinnen. Die Schwierigkeiten sind durchaus nicht so groß, wie manche Kollegen glauben. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Allen die Gliesenleger die Außenleiter zur Organisation bringen, dann ist diese Frage in kurzer Zeit gelöst. Der Versuch wird die Wahrheit dieser Worte bestätigen. Deshalb an die Arbeit! In der Geschlossenheit des Verbandes liegt die beste Garantie für spätere Erfolge.

Izolierer und Steinholzleger.

Wichtig, Steinholzfuhdbondent!

Am 1. April d. J. künftigen die organisierten Steinholzleger in Leipzig den mit dem dortigen Fabrikantenverband im Jahre 1907 abgeschlossenen Lohnvertrag, der am 1. Juli d. J. abgelaufen ist. Im Mai reichten die Geber den Fabrikanten einen neuen Lohnvertrag ein, in dem statt des bisherigen Stundenlohnes von 60 S 70 S gefordert wurden. Am 28. Mai fand die erste Verhandlung mit dem Vorstand des Fabrikantenverbandes in Leipzig statt. Der Vorsitzende, Herzog, und die andern Herren vom Vorstand gestanden damals selbst zu, daß unsre Forderungen keineswegs zu hoch, sondern den heutigen Verhältnissen angepaßt seien. Man versprach uns auch, sobald als möglich eine Versammlung einzuberufen und uns dann davon Nachricht zu geben, was die Fabrikanten geneigt seien, zu bewilligen. Wir konnten also erwarten, die Fabrikanten in ihrer Gemüthsart würden sich der Einstimmigkeit ihrer Vorstehenden anschließen und uns ein annehmbares Angebot machen. Darin sollten wir uns aber getäuscht haben. Zunächst gab man uns überhaupt gar keinen Bescheid; erst auf nochmaliges Ersuchen unfres Vorstehers am 20. Juni teilte uns Herr Herzog am 27. Juni mit, daß die Fabrikanten die von uns aufgestellten Forderungen e i n t i m m i g abgelehnt hätten, uns aber den Vorschlag machten, den alten Tarif um ein Jahr zu verlängern; sie hofften, daß sich bis dahin die Lage in unsrer Branche soweit gebessert hätte, daß sie alsdann unsre Forderungen befriedigen könnten. Da aber die Kollegen mit dieser Antwort kaum zufrieden sein werden, weil die Lage in der Branche keineswegs frohlos ist, so erlauben wir die Steinholzleger allerorts, den Zugang nach Leipzig fernzubahalten.

Die Geschäftsleitung.

Breslau. Die Isolierer des hiesigen Zweigvereins stellten am 20. Juni im Gewerkschaftshause ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die, wie überhaupt die letzten Versammlungen, gut besucht war. Auch die außerhalb wohnenden Mitglieder zeigten jetzt großes Interesse für die Organisation, indem sie sich ihr anschloßen. Das häufige und meistens unentschuldigste Fehlen von fast immer denselben Kollegen wurde von der Versammlung beurteilt und der Vorstand wies in ermutigenden Worten die Kollegen an, doch noch viel mehr Interesse durch

vollständigen Versammlungsbesuch an den Tag zu legen. Da unser bisheriger Schriftführer, Kollege Lechnitz, auch einer von den Säumnigen ist, so mußte der Kollege Diebste für diesen Posten gewählt werden. Unser nächste Generalversammlung findet am 18. Juli, vormittags 9 Uhr, im Gewerkschaftshause statt, wozu alle Kollegen nach Möglichkeit zu erscheinen haben. Sollte ein Kollege absojult verhindert sein, so muß auf alle Fälle mindestens die Mitgliedskarte oder das Mitgliedsbuch an unser Bureau im Gewerkschaftshause geschickt werden, da es zu der Abrechnung unbedingt gebraucht wird; auch wäre es sehr erwünscht, wenn jeder Kollege seine Beiträge mindestens bis Ende Juni vollständig gezahlt hätte, damit die Quartalsabrechnung ohne Schwierigkeiten erledigt werden kann. In letzter Versammlung war auch der Berliner Kollege Vorkemann anwesend, was uns sehr gefreut hat, aber die andern noch hier arbeitenden Berliner-Kollegen dürfen sich ungeniert auch einmal bei uns sehen lassen; sie werden hierdurch freundlichst eingeladen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Dresden. Am 20. Juni hielt die hiesigen Isolierer und Steinholzleger ihre Monatsversammlung im Volkshause ab. Der Geber Steiger wurde neu aufgenommen. Fünf Kollegen aus Celle, die seit den bekannten Streitigkeiten außerhalb der Organisation stehen, waren freiwillig in die Organisation gekommen. Es wurde ihnen bedeutet, daß sie als frühere tätige Kollegen in einer Stadt wie Dresden nicht unorganisiert bleiben könnten. Sie erklärten, daß sie auf keinen Fall wieder Mitglieder der Zahlstelle Celle würden, ehe die nächste Konferenz die Streitigkeiten dort geregelt habe. Dagegen seien sie nicht abgeneigt, bis dahin als Einzelmitglieder der Organisation anzugehören. Es wurde dann das Verhalten der Firma Grünagel & Hartmann aus Lubwigshafen kritisiert. Als diese Firma die fälschlichen Arbeiten übernahm, verprügelte sie diese Arbeiter nur von langjährig, geübten Spezialarbeitern ausführen zu lassen. Dies geschah aber nicht, sondern die Firma stellte am Schlauchofenbau zwölf bis fünfzehn Leute von der Straße ein, was sie damit motivierte, daß bei dieser Arbeit nur Hilfsarbeiter in Frage kämen. Die Arbeit ist jetzt unterbrochen worden. Wir hoffen, daß sich die Firma bei Wiederaufnahme derselben an ihr Versprechen erinnert. — Geschlossen wurde, den Ertragsbeitrag vom 20. Juni ab aufzubehalten, nachdem die Hamburger Ausprägung bereits seit dem 28. Mai beendet ist. Wir bemerken noch, daß die nächste Vierteljahrsversammlung am 18. Juli, vormittags 11 Uhr, im Volkshause stattfindet. Die Mitgliedsbücher sind zum Zwecke der Zahlungsentstellung bis Sonntag, den 12. Juli, im Arbeitsnachweis, Talheims Gasthaus, abzugeben bezw. einzuliefern.

Leipzig. In der Steinholzflegerversammlung vom 4. Juli berichtete der Vorsitzende über den Stand der Lohnbewegung. In der Verhandlung mit dem Fabrikantenverband am 28. Mai mußten uns die Herren Fabrikanten, sowie auch der Geschäftsführer des Fabrikantenverbandes, Herr Michel, zugeben, daß unsre Forderungen ganz berechtigt und den teuren Lebensverhältnissen entsprechend, keineswegs zu hoch seien. Es wurde uns das Versprechen gegeben, baldigst eine neue Verhandlung mit den Leipziger Fabrikanten und der Lohnkommission einzuberufen. Aus der ganzen Verhandlung war zu ersehen, daß die Fabrikanten bestrebt sind, friedlich einen neuen Vertrag mit uns abzuschließen. Als wir bis zum 20. Juni noch keine Einladung zu der beschlossenen Verhandlung erhalten hatten, ersuchte der Vorsitzende schriftlich den Fabrikantenverband, uns sofort mitzuteilen, wann die beschlossene Verhandlung stattfinden soll. Wieder sogen acht Tage ein Land, ehe uns der Fabrikantenverband eine Antwort gehen ließ. In diesem Schreiben teilte er uns kurz und bündig mit, daß es den Leipziger Steinholzflegern nicht möglich sei, unsre Forderung zu bewilligen, die sie daher den Tarif einstimmig abgelehnt hätten. Die Geringsfügigkeit uns gegenüber, indem sie uns einen vollen Monat auf die Antwort warteten, sowie die glatte Ablehnung des Tarifs, den sie bei der Begründung als gerecht anerkannten, ohne jede weitere Verhandlung, hat unter den Kollegen eine tiefe Erbitterung hervorgerufen. Nur durch ein Hinweis, daß erst die auswärts arbeitenden Kollegen von der Sachlage unterrichtet werden mußten, haben sich die Steinholzleger davon abhalten lassen, am 1. Juli, wo der alte Tarif abgelaufen war, die Arbeit niederzulegen. Der Vorstand stellte den Antrag, die Fabrikanten nochmals zu ersuchen, bis zum 6. Juli mit der Lohnkommission zu verhandeln. Der Vorsitzende begründete diesen Antrag damit, daß man nichts unversucht lassen sollte, im Guten eine Einigung herbeizuführen. In der darauffolgenden anderthalbstündigen Diskussion sprachen sich alle Redner für einen aus der Mitte der Versammlung eingegangenen Antrag aus, am 5. Juli die Arbeit niederzulegen. Immer wieder wurde hervorgehoben, daß die Kollegen schon viel zu lange gezeugert haben, den Kampf aufzunehmen, den ihnen die Fabrikanten durch die schroffe Ablehnung der minimalen Forderungen aufzwingen. Der Geschäftsleiter, Kollege Lange, versuchte in eingehender Weise, den Antrag des Vorstandes den Kollegen zur Annahme zu empfehlen, doch vergebens; die Erbitterung unter den Kollegen war zu groß. Bei der folgenden Abstimmung wurde der Antrag des Vorstandes gegen eine Stimme abgelehnt. Der andre Antrag: „Die am 4. Juli im Volkshause“ tagende, gut besuchte Versammlung der Steinholzleger beschließt: da die Fabrikanten es abgelehnt haben, überhaupt mit uns über den neuen Lohnvertrag zu verhandeln, am 5. Juni die Arbeit niederzulegen“ wurde einstimmig angenommen.

Kollegen, sowie alle Bauhandwerker aller Orte, unterstützen uns durch Fernhaltung von Zugang in dem uns aufzugehenden Kampfe. Steinholzfuhdböden werden fast in allen Orten Deutschlands von Leipziger Fabrikanten verlegt, besonders in Bielefeld, Franziskanerhospital, Cassel, Apaternberge, Dären, (Hlb.), Krankenhausneubau, W a r b u r g, Fürbergheim usw. Deshalb ersuchen wir alle Bauarbeiter Deutschlands um Fernhaltung des Zugangs.

Schweizer.

Zu dem Artikel „Gemeinsame Arbeit“ in Nr. 27 des „Grundstein“ sendet uns Kollege Kessel-Nachen eine längere Darstellung über den Schweizer Streit. Da die an der Arbeiterzerfplitterung interessierte Presse diesen Fall zu einer ebenso rilden wie unwahren Geze gegen unsern

Verband und besonders gegen den Kollegen Kessel benützt, so geben wir der Aufsicht getm Raum: Was bei dieser Gelegenheit in der Zentrumspresse geschwindelt worden ist, geht über alle Begriffe. Der hiesiger „Volkstfreund“ lag schon das Blau vom Himmel herunter, aber je weiter der Bericht wanderte, um so mehr wurde hingelogen, bis es zuletzt, wie in der „Oberflächlichen Abendzeitung“, ausfiel, als hätten es die freigeorgnisierten Maurer darauf abgesehen, den Schweizer Streit abzumurfen. Um den Kollegen im Lande nun ein Bild des Vorgangs zu geben, sei etwas zuridgegriffen. Im April 1907 wandte sich die Lohnkommission der Maurer und Hilfsarbeiter von Nachen an den christlichen Verband, um bei der Lohnbewegung zusammenzugehen. Die Christlichen lehnten das ab. Ohne uns von der Absicht, die Arbeit niederzulegen, auch nur das Geringste mitzuteilen, beschloßen sie den Streit. Ohne weiteres erklärten wir uns solidarisch. Der Streit kam den beiden freien Verbänden der Maurer und Hilfsarbeiter auf circa M. 2000 zu stehen. Damals führte auch die Firma Wosman & Sauer in Nachen mehrere große Bauten aus, wobei mehrere fremde Kollegen beschäftigt waren. Die Firma zahlte Löhne, die weit über die Forderung hinausgingen. Die Christlichen beschloßen, auch diese Firma durch Sperre zur Unterwerfung des Tarifs zu zwingen. Nach zehntägigem Streit sandte die Streikleitung, auf das Versprechen des Kollegs Willeotte, daß der geforderte Lohn gezahlt würde, Leute hin, und unsre Kollegen, soweit diese noch in das Geschäft hineinkamen, mußten bis zu 10 S billiger arbeiten. Hätte der Kolleg uns nicht Mittelung gemacht, so hätte man den gewünschten Zweck, unsre Kollegen aus dem Geschäft hinauszufreten, erreicht. Und wenn man die Angelegenheit in Schweizer genau betrachtet, so war dies auch hier der Kernpunkt; denn mit allen Mitteln soll die freie Organisation vernichtet werden. Ist es uns gelungen, auf einem Dorf — und fast alle Maurer kommen von den Dörfern — einige Mitglieder zu werben, so setzen sich die Christlichen hinter die Geißlichkeit, und wehe dem Kollegen, der dann den Mut hätte, trotzdem bei uns zu bleiben. Er wird in Acht und Bann getan. In Stolberg sind nun circa 20 Kollegen, meistens fremde, jahrelang bei uns organisiert, sie halten dort die Organisation aufrecht. Die Firma Galtner & Hennig zahlt diesen Kollegen bis zu 65 S Stundenlohn, aber auch die andern erhalten 50 bezw. 55 S. Es wäre ja nun wieder die beste Gelegenheit gewesen, die Kollegen aus dem schwarzen Stolberg hinauszufreten, um auch dort den schwarzen Terror wirken zu lassen. Denn daß die Christlichen nicht mit ebrlichen Absichten umgingen, beweist das Folgende: Vor einigen Wochen legten bei einer Stadtfirma die Hilfsarbeiter die Arbeit nieder. Ich sagte gleich dem Beamten der „Christlichen“ Weisheit, und in einer nachfolgenden Waubesprechung bereiteten wir, daß wir uns bei zukünftigen Differenzen gegenseitig Mitteilung machen wollten. Solange wir in Schweizer nicht in Frage kamen, ging uns der Streit selbstverständlich nichts an, obwohl es schon der Fernhaltung des Zugangs wegen richtig gewesen wäre, wenn man uns benachrichtigt hätte. Anfangs ließ man die Firma Galtner & Hennig außer Betracht. Dann, als diese die Unterwerfung des aufgestellten Tarifs mit der Motivierung ablehnte, daß man doch erst sehen sollte, wie von den Schweizer Unternehmern zu erhalten, und daß sie ja die geforderten Löhne und noch mehr zahlen, wäre es unbedingt notwendig gewesen, uns zu verständigen, um so mehr, als ja nun nicht mehr die Baustelle in Schweizer allein in Frage kam, sondern die Arbeiten der ganzen Firma. Schweizer grenzt dicht an Stolberg, und was lag näher, als daß der Unternehmer die in Stolberg beschäftigten Kollegen nach Schweizer schickte, wodurch diese dann ebenfalls die Arbeit hätten niederlegen müssen! Daß die Christlichen dies absichtlich unterließen, geht daraus hervor, daß der Kolleg in Schweizer, ein bei uns organisierter Kollege, einen Tag vor der Sperre die Vertreter der Christlichen darauf aufmerksam machte, daß eine größere Anzahl Kollegen von uns in Frage käme, und daß aus diesem Grunde doch seiner Organisationsleitung Mitteilung zu machen sei. Dies geschah trotzdem nicht. Es heißt nun in der Zentrumspresse, daß ich dem einzigen Kollegen von uns, der die Arbeit mit niedergelegt hatte, gezwungen hätte, die Arbeit wieder aufzunehmen, unter der Drohung, Unterwerfung würde nicht gezahlt. Dies ist geradezu gelogen. Ich habe es dem Kollegen freigestellt, was er tun wollte. Dieser eine Kollege (nicht, wie von den Christen behauptet wird, der Kollege Schwedt) nahm also die Arbeit wieder auf, und ohne einmal abzuwarten, wie die Karre nun laufen würde, hoben die Christlichen die Sperre auf. Sämtliche christlichen Kollegen gingen wieder an und bis heute ist noch kein andrer, besonders kein Wiesbadener Kollege, worauf wir noch zu sprechen kommen, dort beschäftigt. Zwar wird behauptet, es wäre ein christlicher Maurer gemahregelt worden. Wir haben nichts dazu getan, aber daß man sich einen Kronzeugen holt, der aus unserm Verbands wegen Unterschlachtung von über M. 60 Verbandsgehältern ausgeschloßen und gerichtlich beurteilt wurde, zeigt, daß es ihnen nur darauf ankommt, zu verleumern, ganz gleich, ob sie es nachher beweisen können oder nicht. Nun zu der Vermittlung der sogenannten Streifredner. Ich sagte schon, daß auf der gesperrten Baustelle kein andrer als die vorher dort beschäftigt gewesen Kollegen angefangen hätte. Die vielgenannte Firma Galtner & Hennig hat zurzeit sehr viel Arbeit, u. a. auch ein Verwaltungsgebäude für die Bergarbeiter Neumann, das bei Beginn der Sperre noch in der Ausschachtung begriffen war. Schon vorher bestand die Absicht, für diese Arbeit fremde Maurer heranzuziehen. Der Kollege Schwedt, der nach Hause reisen mußte, heranlachte nun eine Anzahl Kollegen, mit nach Stolberg bezw. zum Neubau der Bergarbeiter, der aber ebenfalls auf Schweizer Gebiet liegt, zu kommen. Er verführte den Kollegen, die zum Teil alle Verbandskollegen sind, nichts. Trotzdem nun die Sperre seitens der Christlichen schon aufgehoben war, stellten diese an die Wiesbadener das naive Aninnen, wieder abzureisen. Dies wurde abgelehnt, und mit gutem Recht. In den Zeitungsberichten wird es aber so dargestellt, als ob der Maurerverband und als ob speziell ich ganz allgemein Streifredner nach Schweizer vermittelte hätte, um den Streit nutzungslos zu machen. Wir betonen ausdrücklich, daß wir in unsern Versammlungen eindringlich davor gewarnt haben, bei einem Schweizer Unternehmer Arbeit anzunehmen, und es wird den Christlichen nicht möglich sein, einen Streit

brecher zu nennen, der bei uns organisiert ist. Vielleicht hätte man es wohl gern gesehen, denn der Streit war schon bei seinem Anfang als verloren zu betrachten; gleich an den ersten Tagen hingen die Karten voll von Arbeitswilligen. Ein Grund hierzu mag wohl darin zu finden sein, daß die christliche Zeitung nur das fordert, was zum großen Teil schon besagt wird, wohl in der Meinung, darin die Unternehmener um so leichter zur Nachgiebigkeit zu veranlassen; nur daß sie dabei bezweckt, daß die „christlichen“ Herren Untertunigkeit verlangen, und daß hier mit demutsvollen Blicken nichts erreicht wird. Der Streit in Schwelmer ist verloren, und um die Niederlage und ihre bornierte Kattiz zu bemänteln, wird wohl noch lange über den „Streitbruch“ gefaselt werden. Hoffentlich werden aber die christlichen Arbeiter sich für die Zukunft eine solche Kattiz verbitten, und wir werden dafür sorgen, daß die Erkenntnis von der Notwendigkeit des gemeinsamen Arbeitens auch den Herren Führern beigebracht wird.

Sobald ich die „Baugewerkschaft“ eine weitere Klegerei erlaubt. Sie behauptet, daß eine Annonce in der „Rheinischen Zeitung“, wonach Maurer und Hauslanger nach Schwelmer bei Schwelmer gesucht werden, als Streiftrederevermittlung zu betrachten sei. Selbst gibt sie zu, daß die Baufelle nicht gesperrt sei, aber das verschweigt sie, daß dieselbe Annonce wiederholt vom „Lachener“ „Volksfreund“, der sonst das christliche Publikationsorgan ist, gebracht worden ist. Manchmal macht die Mut die Leute so blind, daß sie über ihre eigenen Weine fallen. **So hann Kessel.**

Zu derselben Angelegenheit schreibt uns der Kollege Lübbering-Biesbaden, daß sein Name ganz unbedeutend in dieser Sache genannt worden ist. (Die christliche Presse, „Elbasser Nachrichten“ und andre Blätter hatten das Wiesbadener Verbandsbureau verächtlich, nach Schwelmer Streiftredere vermittelt zu haben.) Weber das dortige Verbandsbureau nach Kollege Lübbering hat mit der Geschichte etwas zu tun.

Sitzung vom Einigungsamt für das Baugewerbe im Bergischen Lande am 11. Juni 1909, vormittags, im Zimmer Nr. 39 des Rathhauses zu Barnen.

Anwesend: a) als Vorsitzender: städtischer Beigeordneter Dr. Hartmann; b) als Mitglieder aus dem Arbeitgeberkreise: P. W. Schulte, Wilh. Becker, Hugo Wähler, Ferd. Fufsenbecher (i. Vertr. Fröbling); c) als Mitglieder aus dem Arbeitnehmerkreise: W. Wagenbach, Joh. Otten, W. Jung, Joh. Freuß; d) als Vertreter des Schutzverbandes der Bergischen baugewerblichen Betriebe: Herr Frese, W. Gries, E. Wäpfer; e) als Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen: W. Wäpfer; f) ferner: W. Roebers, Elberfeld, in Firma Gebr. Roebers, Thielenhaus, Geschäftsführer bei Roebers, Deder & Stoeber, Bauunternehmer, Elberfeld, E. Held, E. Egel, W. Erlinghäuser, A. Schauler (als Kläger kontra Gebr. Roebers); g) Obersekretär Benz als Protokollführer.

Vorsitzender eröffnet die Sitzung gegen 11 Uhr. Das Protokoll über die Sitzung des Einigungsamtes am 21. Mai 1909 wurde vorgelesen und genehmigt. Alsdann sprach Herr Jung den Wunsch aus, daß den Organisationen Abschrift des Sitzungsprotokolls alsbald nach der Sitzung und nicht erst nach der Genehmigung in der nächsten Sitzung mitgeteilt werden möchte. Der Vorsitzende hält es für bedenklich, ein noch nicht genehmigtes Sitzungsprotokoll herauszugeben. Die Verhandlungen seien aber meist so kompliziert, daß es nicht angängig sei, das Protokoll schon während der Sitzung fertigzustellen. Er werde noch näher überlegen, ob es sich machen lasse, die Genehmigung des fertiggestellten Protokolls früher als in der nächsten Sitzung — etwa durch Mundlauf bei den Mitgliedern — herbeizuführen.

Die anwesenden Vertreter der Organisationen erklärten sich auf Anregung des Herrn Wäpfer damit einverstanden, daß die Kosten, welche durch Anfertigung des Abdrucks des Sitzungsprotokolls und durch das Porto für die Uebersendung entstehen, je zur Hälfte von dem Schutzverbande der Arbeitgeber und den Organisationen der Arbeitnehmer zu tragen seien.

Auf eine Anregung des Vorsitzenden stellte sich heraus, daß man einig war wegen der Anfertigung und Drucklegung des Jahresberichts für 1908, sowie der dadurch entstehenden Kosten und deren Deckung so zu verfahren wie im Vorjahre.

Der Vorsitzende teilt noch mit, daß er eine Sitzung der in der vorigen Sitzung des Einigungsamtes gewählten Kommission für Beratung der geplanten Abänderung der Schlichtungskommissions-Geschäftsordnung nunmehr anberaumen werde. Ferner, daß außer dem einen Punkt der schriftlich mitgeteilten heutigen Tagesordnung noch eine inzwischen eingegangene Beschwerde und Klage gegen die Firma Gebr. Roebers in Elberfeld wegen Tarifvertragsbruchs heute zu erledigen sei.

I. Beschwerde des Schutzverbandes der Bergischen baugewerblichen Betriebe e. V. Barnen wegen Vertragsbruchs des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands und des Zentralverbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands durch Verhängung einer Sperre über eine Elberfelder Firma ohne vorherige Anrufung der Schlichtungskommission und des Einigungsamtes. (Vertrag gegen § 8, letzter Absatz, des Tarifvertrages.)

Es handelt sich um die Firma Deder & Elber, Baugeschäft in Elberfeld, welche Firma nach Angabe der beteiligten Arbeitnehmerorganisationen die Bestimmungen des Tarifvertrages nicht befolgt und über deren Betrieb von den erwähnten Arbeitnehmerorganisationen ohne vorherige Wegehung des im Vertrage vorgesehenen Schlichtungsweges die Sperre verhängt worden ist.

Nach Anhörung der anwesenden Vertreter der beteiligten Organisationen und nach Besprechung beschloß das Einigungsamt und verbandete der Vorsitzende: Die Sperre ist entgegen § 8 Absatz 7 und § 9 des Tarifvertrages vom 10. August 1908 verhängt worden und daher sofort aufzuheben. In der Sache selbst muß von den Organisationen zunächst die Entscheidung der Schlichtungskommission herbeigeführt werden.

II. Beschwerde des Zentralverbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands gegen die Firma Gebr.

Roebers (Apparat- und Betongeschäft) in Elberfeld wegen Nichtinnehaltung des Tarifvertrages für das Beton- und Apparatgewerbe.

III. Klage des Leander Schauler wegen Maßregelung durch die Firma Gebr. Roebers, weil er den tariflichen Arbeitslohn — einschließlich Entschädigung wegen entgangenen Arbeitsdienstes — verlangte.

Diese beiden Punkte kamen zusammen zur Besprechung und Beratung.

Nach Anhörung der Parteien entschied das Einigungsamt und verbandete der Vorsitzende: Die Firma Gebr. Roebers fällt mit ihrem Betriebe unter die Bestimmungen des Tarifvertrages vom 24. Februar bezw. 25. März 1909 für die Beton- und Apparatgewerbe und ist verpflichtet, diese Bestimmungen zu befolgen und den tariflichen Lohn zu zahlen.

Da die Firma dem Kläger Schauler den nach dem Tarifvertrage zu wenig gewährten Arbeitslohn nachträglich voll ausgezahlt hat und das Einigungsamt nicht anerkennen kann, daß bei Lösung des Arbeitsverhältnisses die Firma Gebr. Roebers gegen den Tarifvertrag verstoßen hat, so wird die Klage des Hilfsarbeiters L. Schauler als unbegründet abgewiesen.

Herr Frese sprach sein Bedauern darüber aus, daß Vorgänge aus den Verhandlungen des Einigungsamtes in der Presse in geschäftiger, das gute Einvernehmen zwischen den am Tarifvertrage beteiligten Organisationen störender und verhinndernder Weise veröffentlicht worden seien, so im „Grundstein“, Nr. 23, über einen Vorgang in der Sitzung des Einigungsamtes am 21. Mai 1909. Man möge doch solche Veröffentlichungen in der Presse vermeiden. Es sei zu erörtern, ob Personen, die nicht zu den Mitgliedern des Einigungsamtes gehören und derartige friedensstörenden Veröffentlichungen, in der Presse etwa veranlassen, die Anwesenheit in den Sitzungen ferner zu gestalten sei.

Aus der Mitte der anwesenden Mitglieder, aus dem Kreise der Arbeitnehmer, wurde berichtet, daß die von Herrn Frese gerügte Veröffentlichung über Vorgänge aus der vorletzten Sitzung des Einigungsamtes von Mitgliedern des letzteren nicht herzurühre.

Der Vorsitzende schloß die Erörterung über diesen Punkt mit der Erklärung, daß er auch seinerseits solche friedensstörenden Veröffentlichungen über Vorgänge in Sitzungen des Einigungsamtes für bedenklich und behauertlich erachte und dringend bitte, davon in Zukunft Abstand zu nehmen.

Schluß der Sitzung gegen 12 1/2 Uhr.

Anmerkung der Redaktion: Der Herr Frese sollte sich, bevor er den Mund aufst, erst richtig überlegen, ob er auch verantwortlich kann, was er sagt. In diesem Falle müssen wir annehmen, daß er die von ihm erwähnte Nr. 23 des „Grundstein“ gar nicht gesehen hat, denn diese enthält gar kein Protokoll über eine Sitzung des Bergischen Einigungsamtes. Das von ihm genannte Protokoll über die Sitzung vom 21. Mai ist erst in der letzten Nummer (Nr. 27) abgedruckt worden, und zwar ohne jede Bemerkung. Herr Frese hat also ins Blaue hinein geredet, ohne sich zu überlegen, ob die von ihm behaupteten Tatsachen auch wahr sind. Im übrigen aber müssen wir es uns vorbehalten, zu den Entscheidungen der Einigungsinstanzen zu sagen, was nach unserm Ermessen zu sagen nötig ist.

Internationale Maurerbewegung. Holland.

Wer die Zustände in der holländischen Bauarbeiterorganisation richtig betrachtet und verstehen will, der muß zuerst einen Rückblick halten auf die ganze holländische Arbeiterbewegung. Ohne das ist es nicht begreiflich, warum die holländische Bauarbeiterorganisation hinter den Bruderorganisationen anderer Länder so weit zurückbleibt.

Wie jede Volksbewegung, so stützte sich auch die sozialistische Bewegung in Holland in den ersten Jahren ihres Entstehens im allgemeinen nicht auf die wissenschaftliche Kenntnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge und der sozialistischen Ideen, sondern das Gefühl vor der maßgebende Faktor bei der Organisation der Arbeitermassen. Es ist deshalb begreiflich, daß jene Leute, die den Arbeitern am Beginn der Bewegung die ersten sozialistischen Ideen gaben, indem sie gleichzeitig das Gefühl der Arbeiter beeinflussten, auch noch später auf die Arbeitermassen den größten Einfluß hatten. Dies zeigte sich am besten, als Domela Nieuwenhuis vom Sozialismus zum Anarchismus überwechselte, und den größten Teil der organisierten Arbeiter, und damit die Organisationen selbst, mit sich zog. Nur vereinzelte Arbeiter, die aus ausländischen Büchern und Zeitungen etwas mehr gelernt und sich tiefere Bildung angeeignet hatten, ließen nicht mit über, sondern blieben ihrem alten Standpunkt treu. Soweit uns bekannt ist, war darunter kein Maurer oder Bauhilfsarbeiter; sicher aber keiner, der entwickelt und tüchtig genug gewesen wäre, um durch Aufklärung und gute Organisationsleistung die Maurer und Bauhilfsarbeiter vor den gefährlichen Theorien der Anarchisten zu bewahren, so etwa, wie Henri Lafol dies bei den Diamantarbeitern zuwege brachte. So segelte die Maurerorganisation von jeher im anarchischen Fahrwasser.

Im Jahre 1890 wurde der alte, heute noch bestehende Maurerverband gegründet. Er, wie der vorher schon bestehende Stein- und Eisenerbeiterverband, hat an den Leiden der Arbeiterbewegung kein volles Teil gehabt: Bis zum Jahre 1900 in der Organisation die Politik und der Zentralisationsgedanke verpönt, so begann sie in diesem Jahre unter dem Einfluß des Kollegen Immerlaan neue Wege zu wandeln. In dem damals geschaffenen Statut wurde den Zweigvereinen die Verpflichtung auferlegt, bei den Staatsbehörden auf Unfallversicherungsbeschlüssen zu drängen. Bald trat Immerlaan von der Organisation zurück und Drees, der kurz vorher aus Deutschland gekommen war, wurde Leiter des Verbandes. Bei dem Weßel, den unsere holländischen Kollegen vor dem Umfang und dem Einfluß des deutschen Maurerverbandes haben, hatte Drees bald großen Einfluß auf die organisierten

holländischen Kollegen bekommen, der ihn an die Spitze der Organisation brachte. Die Redaktion wurde damals nach dem Haag verlegt; Kneibauer wurde von Amsel. War beständig hin und her, verteidigte den einen Tag anarchische Ideen und war den andern Tag wieder ganz anhängig „modern“. Niemals aber war mit Sicherheit zu sagen, was er eigentlich wollte. Es ist selbstverständlich, daß ein Verband, der in seinem Innern anarchisch, in seinen Zielen aber in einem Reiter hat wie Drees, keine Werkkraft besitzen kann, sondern sicher — wenn auch nur langsam — zugrunde gehen muß. Die Mitgliederzahl, die im Jahre 1900 und 600 betrug, sank in den Jahren 1901 und 1902 auf unter 200. Im Jahre 1905 hatte es dann eine Zeit lang den Anschein, als ob die Verhältnisse sich bessern wollten. Auf Vorschlag eines Zweigvereins wurde damals mit sechs gegen fünf Stimmen beschlossen, mit dem Agitationskomitee in Verbindung zu treten, um gemeinschaftlich das neue Gesetz, betr. die Arbeitsverträge, zu bekämpfen. Dann wurde der Antrag, sich von der anarchischen Generalkommission zu scheiden, mit nur sechs gegen fünf Stimmen abgelehnt. Damals hofften wir, ein Jahr später die anarchischen Meinungen ganz überwinden zu können. Aber der auf den Streit der Kammer folgende Sympathiestreik der Maurer und Bauhilfsarbeiter, und später die Ausperrung, die durch die modern organisierte Arbeiterkraft nicht unterstützt wurde, vernichtete diese Hoffnung vollständig, da die Anarchisten das Verhalten der Modernen natürlich gründlich gegen uns ausnützten. So kam es, daß der Verbandsrat 1906, statt weiter die guten Wege zu gehen, sich aufs neue von den Anarchisten beherrschen ließ. Ein antipolitischer Zeitungsartikel wurde gutgeheißen und die vertretenen Zweigvereine erklärten sich bis auf zwei mit dem Standpunkt der damals ausgesprochenen anarchischen Generalkommission einverstanden. Nun sah man ein, daß weitere Bemühungen, den Maurerverband auf einen andern Standpunkt zu bringen, nutzlos waren. Der Zweigverein Silberham gründete, deshalb mit Hilfe früherer Zweigvereine des ebenfalls durch den Anarchismus vernichteten Bauhilfsarbeiterverbandes eine neue Organisation, den „Centrale Bond van Metselars en Opperies“, später genannt „Centrale Bond van Bauwarkersbeiders“.

Der neue Verband hatte anfänglich mit ungeheuren Schwierigkeiten zu kämpfen. Zwei Verbände, der alte und der katholische, standen uns gegenüber. Beide waren bei unsrer Gründung härter als wir, und beiden stand auch ein eigenes Verbandsorgan zur Verfügung. Die ersten paar Monate glaubten sie, uns gar keine Aufmerksamkeit schenken zu sollen, sondern hielten es für genügend, wenn sie uns Streiftredere und Sozialdemokraten nannten. Das änderte sich aber bald. Durch unsre kräftige Agitation und durch einige glücklich geführte partielle Streiks wuchs unsre Mitgliederzahl rasch über die der gegenüberliegenden Verbände hinaus. Seitdem greift man zu dem auch in Deutschland nicht unbekanntem Mittel der Beschimpfung und Verächtlichmachung der Organisationsleiter, um uns Mitglieder abspenstig zu machen. Größere Bedeutung hat aber die Konjunktur. Seit 1906 ist in Holland wenig Arbeit vorhanden. Im Jahre 1907 z. B. war die durchschnittliche Zahl der Arbeitslosen 13 1/2 pSt., im Jahre 1908 war sie noch höher. Durch die kräftige Weiterentwicklung unsres deutschen Bruderverbandes ist es uns trotzdem gelungen, unsre Mitgliederzahl bis heute auf über 2000 zu steigern, ein Erfolg, den wir selbst nicht erhofften. Es ist sicher nicht notwendig, längere Ausführungen darüber zu machen, daß die inneren Einrichtungen unsres Verbandes noch lange nicht das sind, was sie eigentlich sein müßten. Auf einmal läßt sich das auch nicht erreichen. Es mag aber bemerkt werden, daß wir einen immer größeren Stamm tüchtiger Mitglieder erhalten, und daß auch die Weisheit der Zweigvereine die ihnen obliegenden Aufgaben immer besser vollbringt.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im holländischen Baugewerbe sind, mit einem Wort gesagt, traurig. Eine sich über 49 Orte erstreckende Statistik zeigt, daß der Durchschnittslohn für Maurer 3 1/2 f., für die Bauhilfsarbeiter 2 1/2 f. und für die Erdarbeiter 2 1/2 f. beträgt. Die tägliche Arbeitszeit beträgt im Durchschnitt 1 1/2 Stunden. Beachtet man, daß die Orte mit den niedrigsten Löhnen und der längsten Arbeitszeit in der Statistik nicht enthalten sind, dann ergibt sich, daß die Löhne im holländischen Baugewerbe um circa 40 pSt. niedriger sind, und daß die Arbeitszeit um circa 20 pSt. länger ist als in Deutschland. Diese niedrigen Löhne halten aber die Unternehmer keineswegs von dem Versuch zurück, die Löhne noch weiter zu reduzieren. Im zweiten Halbjahr 1907 und im Jahre 1908 mußte unser Verband nicht weniger als achtundzwanzigmal gegen Lohnreduzierungen vorgehen. Dreimal kam es deshalb zum Streit, und in allen drei Fällen siegten die Arbeiter. In derselben Zeit wurden außerdem fünf partielle Streiks zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen geführt, von denen drei ganz und zwei teilweise gewonnen wurden. Außerdem wurden in derselben Zeit in verschiedenen Orten durch Verhandlungen Lohnserhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen durchgesetzt. Im Durchschnitt betrug die Lohnserhöhung für 3070 Arbeiter pro Arbeiter und Jahr 34,75 Gulden (rund 63) nach Abzug des durch die Arbeitszeitverkürzung eingetretenen Minderdienstes. Die Arbeitszeitverkürzung von wäsenden fünf drei bis sechs Stunden kommt 1900 Arbeitern zugute. Auf die 30 Sommerwochen berechnet beträgt die Arbeitszeitverkürzung insgesamt 201.000 Stunden, die Lohnserhöhung 108.700 Gulden oder 177.900. In diesem Frühjahr müßten wir zwei Ausperrungen durchmachen.

Die holländischen Bauunternehmer sind ziemlich gut organisiert. In der Hauptorganisation ist etwa ein Drittel von ihnen vereinigt, und außerdem gibt es viele örtliche Organisationen, die sich aber bei wichtigen Angelegenheiten nach dem Willen der Landesorganisation richten. So war es zum Beispiel, als das neue Gesetz betr. des Arbeitsvertrages in Kraft trat. Damals wurden im ganzen Land schriftliche Arbeitsverträge vorgelegt, die fast alle mit dem Muster des Bauunternehmerverbandes übereinstimmten. Als die Arbeiter in zwei Orten die Unterfertigung verweigerten, wurden insgesamt 24 Mann aufs Pfahler gesteckt. Selbstverständlich wurden auch unserseits bessere Arbeitsbedingungen gefordert, die uns in einem Ort nach auswärts

wohriger Dauer auch teilweise bewilligt wurden. In
Zutreffen dagegen müssten wir den Kampf nach schebn-
wohriger Dauer resultativ beenden. Nachträglich wurde
aber doch zum großen Teil unsere Forderung 'freiwillig'
bewilligt; wozu für nicht zum geringsten Teil die Tat-
sache beitrug, daß wir während des Kampfes nur vier
unser Mitglieder verloren haben. Die holländischen
Unternehmer, das haben wir in der kurzen Zeit unsers
Bestehens schon gelernt - sind in puncto Bewilligung
ebenso hartnäckig wie die Deutschen.

Soll unser Verband auch ferner mit gutem Erfolg für
die Verbesserung der Wohn- und Arbeitsbedingungen
kämpfen, dann ist es notwendig, daß wir ohne Rue an
seinem inneren Ausbau arbeiten und neue Kämpfer in
unsere Reihen bringen. Auf diesem Gebiete ist noch un-
endlich viel zu tun. Sind doch von den 25 000 bis 30 000
Organisationsfahigen erst 2600 organisiert, wovon 2000
in unserm Verband. Es bleibt also noch Arbeit über-
genug. Aber geführt auf die Erfahrung der ausländischen
Verbände und mit dem festen Vorsatz, unsre Pflichten zu tun,
hoffen wir, bald einen würdigen Platz unter unsern
Bruderorganisationen einzunehmen. F. Achterberg.

Zentralfrankenkasse. („Grundstein zur Einigkeit“)

In der Woche vom 27. Juni bis 3. Juli sind folgende Be-
träge eingegangen: Von der östlichen Verwaltung in Hamburg
M. 500, Dohseim 319,08, Momms 300, Mostler 300,
Eckel 300, Bellen i. d. M. 250, Neumann 200, Gerlich 200,
Fiebner 200, Miefenbrun i. d. M. 200, Gernding 200,
Fiebner 200, Hagen i. B. 150, Samter 150, Diben
a. d. M. 150, Johannisthal 150, Schwinitz a. d. G. 150, Hübner
150, Wilmanns 150, Plauen 130, Wackow 120,
Mariendorf 100, Plante a. d. Gabel 100, M. d. B. 100,
Schloschen 100, Neuenhagen 100, Goben-Neuenhof 100,
Hilau 100, Bergdorf 90, Frankenthal 80, Wobbel 80,
Friedel 50, Gerlich 50, Badrina 50, Schwinitz 50, Priber
29,16. Summa M. 6648,24.

Zinslosse erhalten: Fautsch M. 220, Fehrbach 200,
Samt i. B. 200, Deutsch Wilmersdorf 200, Gro-Neuendorf
150, Straburg i. G. 150, Heubach i. S. 130, Zehdenick 100,
Pflaume 100, Cassel 100, Solmitzen 70, Warnemünde 50,
Grufting 50, Landstuhl 50. Summa M. 1770.

Mittra, 3. Juli 1909.

Karl Reih, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submisionen usw.

Aachen. Am 28. Juni wurde auf der Ueberführung
zwischen Bach- und Mollstrae ein Maurer aus Gemme-
nich, der dort Arbeiten ausführte, von der Lokomotive eines
Personenzuges erfasst und lebensgefährlich verletzt.

Weslaun. Am 3. Juli waren hier zwei Baunfall-
e zu berechnen. Im Hofe des Hauses Becklerplatz Nr. 1
sollen die Wände neu abgeputzt und Alexei Reparatur-
arbeiten ausgeführt werden. Zu diesem Zweck wurde sich aus
dort hinaus ein Gerüst gebaut. Leider ließ es die Leitung
(Baumeister Fadel) gefahen, daß während des starken
Windes weiter gerüstet wurde. Da die Stricke im meisten
Zustande steif und gar nicht schlingelig sind, ließen sie sich
nicht fest anziehen - darum: Als die Arbeiter in der vierten
Etage (unglücklicherweise alle drei auf einmal) das Gerüst
betreten, um daran weiter zu arbeiten, gaben die
Stricke plötzlich nach, und im nächsten Augenblick fielen die
drei Arbeiter, darunter der Polier, samt Werkzeu-
gen und Werkzeugen in die Tiefe. Schnell hinzukommende Ar-
beiter befreiten die Abgesturzten schnell aus den Trümmern
und brachten sie in das Haus. Hier zeigte es sich, daß der
Polier August Sorn sehr schwer verletzt war. Es war ihm,
wie der schnell herbeigekommene Arzt feststellte, der Brustkorb
eingedrückt worden, so daß er mittels Droskete in seine
Wohnung befördert werden müsste. Ebenfalls schwer verletzt
waren noch die Maurer Alfred Machse und Julius Haus-
schick, die alsbald mit einem Krankenwagen ins nahegelegene
Allerheiligen-Hospital transportiert wurden. Ein vierter
Arbeiter fiel nur deshalb nicht herab, weil er oben seine
Reiter, auf der er stand, festgebunden hatte. - Das zweite
Unglück ereignete sich Gartenstraße 34, woselbst die Wes-
laun Baubank Neubaun aufzuführen läst. Auch hier war
es ein sogenanntes Puberl, das im zweiten Hofe aufge-
baut und niedergegangen war. Und auch hier waren zwei
Arbeiter bei dem Zusammenbrechen der Stangen und Bretter
schwer verunglückt. Der Maurer Luft und der Arbeiter
Franz Woschmim trugen erhebliche Bein- und Schüler-
verletzungen davon, so daß sie ins Wenzel Sandeche Kranken-
haus gebracht werden müssten. In diesem Gerüst war die
Anbindefange ins Rutschen gekommen, und in dem Augen-
blicke, als die Arbeiter den Kasten aufhoben, brach die
ganze Bedeckung zusammen und die Arbeiter, die eine
Etage hoch auf dem Gerüst arbeiteten, fielen mit herab. Die
schnell herbeigerufenen Feuerwehrleute leisteten den Verunglückten
die erste Hilfe und sorgte für ihre Unterbringung im
Krankenhaus. Verantwortlich für diesen Bau sind der Bau-
führer Schmidt und die Baufirma Gebr. Wegener.

Düsseldorf. Am Schmelzbaun in der Kirchstraße
fiel der Polier Dille am 2. Juli 7-mal herab, indem
das Drahtseil des Fahrhubs riss. Dille zog sich eine
schonspalternde am Unterarm zu. Er war bereits
tags zuvor auf die schlechte Beschaffenheit des Seiles auf-
merksam gemacht worden. - Von dem Gerüst des Neu-
baues an der Ecke Mollstrae und Derendorferstrae führte
ein Gerustbalken zur Erde und schlug einem Manne im
Fallen den Arm entzwei. Ein Sanitatswagen brachte den
Mann zum Marienhospital.

Reinick. Am 26. Juni stürzte am Neubau eines
Stallgebudes in Dohersfeld bei Reinsig ein Gemolde zu-
sammen, wobei sechs Maurer verunglückten. Während drei
Mann leichter verletzt sind, wurden die anderen drei mit
Reinbrachen, Rückenverletzungen und Kopfverletzungen
mittels Krankenwagen von der Unglücksstelle gebracht wer-

den. Den Bau führte der Unternehmer Kiehlung aus
Bismarck bei Reinsig aus. Die Maurer bei dem betreffenden
Unternehmer sind meist unorganisiert. Die Ursache des
Einsturzes ist infolge der Geheimnistuerei der dort Beschäf-
tigten nicht genau zu erfahren.

Neuhaldensleben. Am 2. Juli stürzte am Neu-
bau Körners-Zweirode der Polier Christian Baumann mit
einer frisch gewölbten Kappe ab, wobei er einen Nasen-
knochenbruch, eine Verstauchung des rechten Armes und Beines
und eine Entzweiung des Oberleibes davontrug. Er wurde
mit einem Wagen in seine Wohnung transportiert. Die
Ursache des Unfalles dürfte darin seinen Grund haben,
daß man die Schalung zu früh herausnahm, und die aus
porzellan Leisten bestehende Kappe zu stark mit Sand
belastete.

Neudorf. Am 28. Juni führte der Schornstein-
bauer Theodor Kammegeier aus Hannover von einem
Schornstein der hiesigen Gasanstalt 28 m hoch ab. Er war
damit beschäftigt, einen von dem Schornstein gelegten 1 bis
1 1/2 Zentner schweren Eisenring in die Tiefe zu befördern.
Der Unfall wurde dadurch verursacht, daß Kammegeier bei
seinen Bemühungen, den Ring am Seil zu befestigen, das
Gleichgewicht verlor. Der Ring überstürzte sich, zerbrach
die Sicherkeitsleine, an der sich K. befestigt hatte, und landete mit
dem Bauarbeiter in die Tiefe. K., der einen Schabel-
bruch erlitt, wurde nach dem Krankenhaus gebracht, wo er
nach etwa einer Stunde starb.

Salzbedel. Am 29. Juni ereignete sich hier ein
Baunfall, bei dem der Kollege Hermann Schmidt sein
Leben lassen müsste. An dem vom Unternehmer W. Neu-
ling aufgeführten Neubau des Rentiers Daniel Schulz in
der Reimannstrae wurde sich zur Ausführung auf Augen-
gerüst gearbeitet. Während der Ausführung mauerten
dann Streifbretter (Berliner Akkordmaurer) den Bau von
innen hoch. Die Aufhänger wurden weggerissen und
Schulz, der Janggerichte nicht angebracht. Als unfre
Salzbedel Kollege am 3. Juni die Arbeit wieder auf-
nahmen, wurden sie mit dem Aufmauern der Trempel-
wand beauftragt. Nach Fruhlicht führte Schmidt, der eine
Ede mauerte, mit einem Stock Gefuss rücklings 9 bis 10 m
ab. Als eine halbe Stunde später der Arzt erschien, konnte
er nur noch den Tod feststellen. Schmidt war mit der
Wurst auf einen Belegel gefallen und hatte außerdem
eine lange und breite Kopfwunde erhalten. Er hinterlast
ein Kind von zwei Jahren und eine kurz vor der Entbin-
dung stehende Frau.

* Die Konjunktur. In Unternehmerkreisen redet man
mit einer Besorgtheit und mit einem Eifer von einer
schlechten Lage des Baumarcktes, daß es fast den Anschein
hat, als wenn eine gewisse Abstand dahinter stehe. In der
'Baugewerks-Zeitung' wie in verschiedenen andern Unter-
nehmerblatter flagt man; daß man dabei hin und wieder
einige Seitenhiebe nach der Arbeiterschaft tut, indem man
sie, ohne auch nur die Spur eines Beweises zu erbringen,
für die angeblich schlechte Konjunktur verantwortlich macht,
erwähnen wir nur so nebenbei. Die Unternehmer werden
ja wissen, warum sie es tun, und auch wir wissen es; die
weitere Deffentlichkeit wird den Zweck der Lebung viel-
leicht im nächsten Frühjahr erfahren. Um darzutun, daß
die Klagen über die angeblich schlechte Lage des Bau-
gewerbes von einer bestimmten Lebensbeeinflussung sind,
bruden wir hier das Urteil eines unparteiischen und be-
rufenen Wirtschaftsjuristen wie Richard Calver ab,
der in seiner 'Arbeitsmarkt-Korrespondenz' vom 28. Juni
folgendes schreibt:

'Die Fruhjahrszeit im Baugewerbe hat im laufenden
Jahre nicht nur lebhafter eingeleitet, als man erwartet hatte, die
lebhafteste Bautätigkeit, die insbesondere auch auf dem platten
Lande zu beobachten ist, hält auch unvermindert an. Durch die
regere Bautätigkeit hat der Arbeitsmarkt im Bau-
gewerbe wieder ein besseres Aussehen erhalten. Die
Arbeitslosigkeit ist überaus frühzeitig zurückgegangen. Es
befiehlt schon ein gewaltiger Abstand zwischen dem Vor-
jahr und jetzt: Der Andrang der Arbeitsjungen, der sich im
Mai 1908 auf nicht weniger als 150,97 stellte, betrug im
Mai dieses Jahres nur 112,2. Wenn man erwägt, daß in
dem Hochkonjunkturjahr 1906 der Andrang im Baugewerbe
im Mai auf 108,5 war, also nur noch 3,7 p. h. niedriger als
in diesem Jahre, so kann man wohl mit der diesjährigen
Entwicklung sehr zufrieden sein. Auf dem platten
Lande hat sich die Situation gegenüber dem Vorjahre
wenig verändert, da bereits 1908 auf dem Lande noch
einigermaßen gebaut wurde. Die Besserung der Bautatig-
keit gegen 1908 ist vielmehr hauptsächlich durch die stad-
tische Bautätigkeit bedingt. Soweit die größeren
Städte über die Bewegung der Bautätigkeit berichten, läst
sich fast uberal wieder eine Zunahme erkennen. Im
geringsten ist die Zunahme in Berlin. Hier wurden in
den vier ersten Monaten dieses Jahres 2680 Baugesuche
eingereicht gegen 2600 in derselben Zeit 1908. Im April
betrug ihre Anzahl 653 gegen 593 im April 1908. In
Dresden wurden im ersten Vierteljahr 1909 483 Bau-
genehmigungen erteilt, 1908 aber nur 411. Düssel-
dorf hat sogar bereits über die ersten fünf Monate be-
richtet. In dieser Zeit wurde die Baubauzunahme nach-
geschäft für 1098 Bauten gegen 945 im Vorjahre. Erteilt
wurde für die 945 Bauten gegen nur 866 in derselben Zeit
1908. Diese einzelnen Beispiele dürfen zur Genüge be-
weisen, daß auch in den größeren Städten die Bautatig-
keit wieder aufgenommen hat. Nicht uberal hat sich indes
die Erholung gleichmäßig stark gezeigt. Es gibt wohl noch
Gegenden, wo der Andrang am Arbeitsmarkt eine betrach-
liche Höhle aufweist. Zum Teil ist freilich diese Höhle
dadurch verursacht, daß Beschaftigungslose Arbeiter anderer
Berufe sich im Baugewerbe nach Arbeit umsehen. Im
südlichen Deutschland tritt die Besserung gegenüber dem
Vorjahre sehr deutlich hervor: In Westpreußen, wo
im Mai 1908 auf je 100 offene Stellen durchschnittlich 271,0
Arbeitsjunge kamen, hat sich der Andrang in diesem
Jahre auf 148,1 vermindert. In Ostpreußen ist die
Erholung nicht so groß, wohl weil hier auch die Anzahl
im vergangenen Jahre nicht so groß war. Der Andrang
betrug damals nur 154,1, er betrug in diesem Jahre 144,3.
Merkwürdig ist, daß der Andrang in der Provinz Bran-
denburg sich nämlich auf 218,9 gegen 137,7 im Vorjahre.
Das ist zweifellos eine recht unerwartete Bestätigung
sowohl des Arbeitsmarktes als auch der diesjährigen Bau-

tätigkeit. In Berlin ist der Andrang am Arbeitsmarkt
noch höher als im Vorjahre. In Rompe ist es teil-
weise wieder an Bauarbeitern. Der Andrang hat sich zwar
etwas gehoben, doch konnte im allgemeinen die Nachfrage
noch immer nicht voll befriedigt werden. In Rompe, wo
im vergangenen Jahre eine intensive Krise im Baugewerbe
bestand und die Arbeitslosigkeit eine ungewöhnliche Höhle
erreicht hatte, hat sich die Lage in diesem Jahre höchst-
gehoben; wenn auch die Bautätigkeit noch immer nicht
befriedigt, so hat sie sich doch schon sehr gehoben.

Sachsen, Schleswig-Holstein
weisen ebenfalls eine ansehnliche Erleichterung gegenüber
dem Vorjahre auf; in Schleswig-Holstein war das Angebot
von Bauarbeitern sogar sehr knapp. Stärker als im Vor-
jahre war der Andrang von Bauarbeitern im Mai noch in
den Provinzen Hannover, Westfalen und Hessen
Nassau, was sich aber eben zum Teil daraus erklärt,
daß infolge der Unkunst in Bergbau und Eisengewerbe
viele Arbeitslose im Baugewerbe Beschäftigung suchen.
Im Rheinland ist der Andrang etwas niedriger als
im Vorjahre. Während Sachsen, Westfalen und
Baden und Hessen verzeichnen durchweg eine Be-
lebung gegen 1908. Vor allem hat sich im Königreich
Sachsen und in Hessen die Bautätigkeit höchst-
gehoben. Bemerkenswert ist, daß in Gumburg, Rudol und Bremen
der Andrang im Baugewerbe zurückgegangen ist. Infolge
der regen Bautätigkeit hat vor allem die Nachfrage
nach Zimmerern kräftig zugenommen. Kamen im
April dieses Jahres noch 199,8 arbeitssuchende Zimmerer
auf 100 offene Stellen, so waren es im Mai nur noch
146,4. Der Andrang ist demnach um 53,2 zurückgegangen.
Bei den Maurern war die rückläufige Bewegung des An-
dranges nicht mehr so stark; der Andrang sank von 178,0
im April auf 162,5 im Mai, war also im Mai höher als bei
den Zimmerern. Bei den Maurern stellte sich die Beschäf-
tigungslosigkeit infolge Arbeitsmangels Ende Mai auf nur
noch 2,30 p. h. gegen 16,63 p. h. Ende März dieses Jahres.
Am Arbeitsmarkt für Maler, Anstreicher usw. hat sich
die Knappheit an Arbeitskräften, die im April bestand,
im Mai noch vermehrt. Der Andrang auf je 100 offene
Stellen ging von 98 im April auf 92,7 im Mai zurück.
Der Andrang am Arbeitsmarkt für Glaser ist noch immer
auerst hoch. Er ist zwar noch April auf Mai um 21 zurück-
gegangen, beläuft sich aber noch auf 289,8. Bei Baugewer-
knechten, Erdbauarbeitern usw. betrug der Andrang 198,5; er
hatte sich im April auf 171,1 belaufen. Auch bei den
übrigen Bauarbeitern, als da sind Ofenfeher, Hafner usw.,
hat der Andrang im Mai zugenommen; er ging von 159,8
im April auf 164,7 im Mai hinauf.'

Das Klingt etwas anders als die Veremden der
Unternehmer. Wir hoffen, in einer der nächsten Nummern
ein Gesamtbild über den derzeitigen Stand der Bautätigkeit
bringen zu können.

Gewerkschaftliches.

* Die Christlichen Gewerkschaften im Jahre 1908.

In der letzten Nummer des Zentralblattes der christlichen
Gewerkschaften ist die Jahresstatistik über die christlichen
Gewerkschaften enthalten, die uns zeigt, daß die christlichen
Gewerkschaften das vergangene Krisenjahr weit schwerer
uberbauert haben, als die freien Gewerkschaften. Für den
Mitgliederertrag im allgemeinen werden ganz plausible
Gründe angeführt. Auch trifft die bei uns beobachtete
Lage, daß von der Krise des Baugewerbes und des
Textilgewerbes und dementsprechend auch die für diese
Gewerbe bestehenden Organisationen am schwersten ge-
troffen wurden, auch für die christlichen Gewerkschaften zu.
Bei dem Vergleich der Mitgliederzunahme der christlichen
Gewerkschaften und unfrer Gewerkschaften aber geht dem
Berichtsstatter schon alle Vernunft und Logik zum Fenster.
Erst wird ein langes und breites Gerebe über die 'wieder
einmal veränderte Kampfstatt der sozialdemokratischen
Bewegung', auch etwas über die tapfere Vorhat der Christ-
lichen, die ihre Mitgliederzahl vorwiegend und
ihre Abrechnung beschleunigten, bei rund M. 125 000
Mindererinnahmen oder einem empfindlichen Mitglieder-
verlust zu beklagen haben müssen u. a. m. Nach dieser
langen Brube kommen dann endlich die Fühle. Am
Jahreschluss zählten die Christlichen
23 882 Mitglieder weniger als im Jahre
1907.

Diese denn doch verteuert unangenehme Tatsache
wird nun durch Alexander Drum und Bran zu verbarmen
gesucht: Im Jahresdurchschnitt des Mitgliederbestandes
betrage die Mitgliederzunahme nur 2804; wenn sie auch
prozentual etwas größeren Mitgliederverlust fatten, so
sei er doch bei unsern Gewerkschaften in der Zahl größer
u. s. f. Wir wollen einfach bei den Tatsachen bleiben.
Die durchschnittliche Jahresmitgliederzahl liegt für unfrer
Gewerkschaften noch nicht vor. Wir haben am Jahreschluss
72 284 Mitglieder verloren, die Christlichen 23 882. Im
Verhältnis zum Mitgliederbestand bedeutete das, daß die
freien Gewerkschaften 4 p. h., die Christ-
lichen aber 9 p. h. ihrer Mitglieder
eingebuhrt haben! Nur so haben doch Zahlengemei-
stellungen einen Wert und nur so ist Ehrlichkeit bei der
Sache zu finden. Ob bei der Jahresdurchschnittszahl
unfrer Gewerkschaften das selbe Zahlenverhältnis bestehen
bleibt, muß vorläufig gänzlich außer Betracht bleiben.

Zu bemerken wäre noch, daß einen Mitgliederertrag
die bairischen Eisenbahner mit 2074, die Steinarbeiter
Magen mit 1167, die Seimarbeiterinnen mit 849 u. s. f.
aufweisen. Einen Mitgliederertrag hatten die Bran-
denburger mit 4833, Bergarbeiter mit 3699,
Textilarbeiter mit 3203, Metallarbeiter mit 1693 u. s. f.
Bei der Ueberführung der Verhältnisse fällt es auf, daß
in dieser schweren Zeit wirtschaftlicher Depression und
sozialen Elends die humanitären Unterfuhungen nur eine
sehr geringe Zunahme in den Ausgaben aufweisen. Ueber-
dem aber ist die Streikunterfuhung von M. 743 000 auf
M. 424 000 bezuggegangen. Der Vermögensbestand mit
rund M. 4 500 000 erhöhete sich auch infolge gesteigerter
Einnahmen um rund M. 1 025 000.

Nach alledem können wir es den Kollegen überlassen,
sich selbst die Frage zu beantworten, welche Gewerkschaften
in der Zeit der Krise sich verhältnismäßig am besten ge-

halten haben und in welchen Gewerkschaften die Interessen der Mitglieder am wirksamsten vertreten werden. Neugierig aber sind wir, was nun die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ sagen wird.

Soziales.

*** Die Verhältniswahl bei den Gewerbegerichten.** Nach den neuesten Ermittlungen ist gegenwärtig die Verhältniswahl bei folgenden 94

Altenstein, Ansbach, Aschaffenburg, Bamberg, Berlin, Bielefeld, Bocholt, Brandenburg a. d. S., Braunschweig, Breslau, Bromberg, Bruchsal, Cöln a. Rh., Eßlen, Erfeld, Delmenhorst, Dessau, Dortmund, Dresden (Hauptmannschaft), Duisburg, Düsseldorf, Eberswalde, Erfurt, Erlangen, Essen a. d. R., Eßlingen, Flensburg, Forchheim, Forst i. d. S., Frankfurt, Frankfurt a. M., Freiburg i. Br., Fürth, Gesehunde, Geisingen, Gelsenkirchen, Gießen, Glauchau, Gmünd, Gnesen, Göttingen, Görtz, Hagen i. W., Halle a. d. S., Heilbronn, Herford, Höchst, Hof, Kaiserlautern, Karlsruhe i. W., Königsberg i. Pr., Konstanz, Kottbus, Kumbach, Landau i. d. Pf., Leipzig, Eignitz, Lüdenscheid, Ludwigslust, Ludwigshafen, Magdeburg, Mainz, Mannheim, Mühlheim a. d. Ruhr, München, M.-Glöckbach, Neuf, Nürnberg, Ofenbach, Osnabrück, Posen, Potsdam, Queblinburg, Radeberg, Radeburg, Ratibor, Regensburg, Rößlau, Roth, Ruhrort, Saalfeld, Schwelm, Schwemdingen, Solingen, St. Ingbert, Stuttgart, Tullingen, Ulm, Wiesbaden, Würzburg

von den im ganzen 445 in Deutschland bestehenden Gewerbegerichten eingeführt.

Soziale Rechtsprechung.

*** Unabhängigkeit der Tarifverträge.** Auf Wunsch der Arbeiterbeisitzer fand im Anschluß an eine Ausschußsitzung des Gewerbegerichts Düsseldorf nach Erledigung der Tagesordnung eine Aussprache über die Frage der Unabhängigkeit der Tarifverträge statt. Während die anwesenden Arbeitervertreter der Auffassung waren, bei dem Bestehen von Tarifverträgen seien Sonderabmachungen unzulässig, wurde seitens des Vorstandes unter Zustimmung der Arbeitgeberbeisitzer betont, daß nach dem Standpunkte nahezu aller Theoretiker, der allgemeinen Rechtsprechung und den Beratungen des letzten Deutschen Juristentages Tarifverträge einseitigen nur die Grundlage für Arbeitsverträge bilden könnten, und daß Sonderabmachungen neben ihnen generell zulässig seien. — In Nebereinimmung hiermit hat das Gewerbegericht dann auch in einer schwebenden Prozeßsache erklärt:

„Gegen tarifliche Bestimmungen bestehende Sonderabmachungen zwischen den einer Tarifgemeinschaft angehörenden Arbeitern und ihren Arbeitgebern sind vom tariflichen Standpunkte aus zu beurteilen; können sie aber zustande, so sind sie als rechtsgültige Verträge anzusehen und zu beurteilen.“

Wir brauchen nicht erst zu sagen, daß wir diesen Standpunkt für verkehrt und schädlich halten. Das Gewerbegericht Düsseldorf bleibt damit jedoch nur konsequent und hat seinen mehrfachen unbedingten Entscheidungen eine neue hinzugefügt. Es ist zu bedauern, daß sich die gewerbliche Rechtsprechung so wenig fähig zeigt, sich den dringlichsten Anforderungen des gewerblichen Lebens anzupassen.

Eingegangene Schriften.

Die Neue Zeit. Wochenchrift der Deutschen Sozialdemokratie. Verlag von Singer in Stuttgart. Heft 40, Preis pro Heft 25 A.

Gesammelte Schriften von Wilhelm Wolff. Nebst einer Biographie Wolffs von Friedrich Engels. Mit Einleitung und Anmerkungen herausgegeben von Franz Mehring. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis broschiert M. 1,50, gebunden M. 2.

„Es ist nahezu ein Vierteljahrhundert verfloßen seit dem Tode Friedrich Engels' „Die falsche Millarde“ herausgab mit einer Biographie Wolffs und einer Einleitung über die Geschichte der preussischen Bauern. Die Schrift ist längst vergriffen und eine neue Auflage erscheint um so dringlicher, als am 21. Juni 1909 der hundertste Geburtstag des Mannes wiedergefeiert ist, der den drei großen Vorkämpfern der deutschen Sozialdemokratie ein ebenbürtiger Kamerad gewesen. — Sie alle haben, als Wolff am 9. Mai 1864 gestorben war, sein Grab mit unbedingtem Vorbeugen geschmückt. Rastlose widmete, selbst schon ein Opfer des Todes, den Namen Wolffs das letzte Wort, das er öffentlich gesprochen hat; Engels schrieb trauernd: „Einen so eichensfesten Kerl, der so zum Volke zu sprechen wußte und stets im schwierigsten Moment erst recht auf dem Fied war, bekommen wir nie wieder.“ Und Marx hat „dem unergieblichen Freunde, dem tüchtigen, treuen, edlen Vorkämpfer des Proletariats“ den ersten Band seines unsterblichen Meisterwerkes gewidmet.“

Diese Worte, der Einleitung entnommen, die Mehring dem Buche voranschickt, zeigen deutlich die Bedeutung, welche Wolffs Schriften beanspruchen dürfen.

Der Westdeutsche Postillon. Humoristisch-satirisches Arbeiterblatt, Verlag von M. Gensch, München. Nr. 14, Preis 10 A.

Briefkasten.

Wienheim. In dem Unfallbericht war nicht angegeben, ob die Leiche durch Gerüstbruch, durch Einsturz von Mauerwerk oder sonstwas auf die Straße „flog“. Auch die Angabe, ob sie leicht oder schwer oder gar nicht verletzt waren, fehlte. Der Bericht ließ sich deshalb nicht hergeben.

A. St. zurzeit in D. Siehe § 19 des Streifreglements: Den ledigen Kollegen wird es zur moralischen Pflicht gemacht, bei Ausbruch eines Streiks den Ort zu verlassen usw.
S. B. in G. Bielefeld zum Herbst.
Fraust. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit; es war aus dem Gedächtnis jücker.
Fraust. a. d. D. Anonyme Anfragen beantworten wir nicht.
Potsdam und **Witzgen.** Anonyme Berichte drucken wir nicht ab.
Eßlingen. Berichte von Stiftungsfeiern und ähnlichen Veranstaltungen drucken wir nicht ab.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bezw. Jahrestellen- oder Sektionsvorstände angenommen Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgter Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beile kostet 15 A.)

Barmen-Eberfeld. Am 29. Juni starb unser Mitglied **Joh. Wahlenmeier** im Alter von 61 Jahren an Speiseröhrentrebs.

Bunzlau. Am 28. Juni starb unser Kollege **Eduard Freche** im Alter von 32 Jahren an Magenverhärtung.

Colmar. Am 27. Juni starb unser treuer Verbandskollege **Martin Max** im Alter von 49 Jahren infolge eines Unfalles.

Dresden. Am 29. Juni starb unser langjähriger Kollege **Eduard Kosslick** im Alter von 37 Jahren an Lungenleiden. — Am 29. Juni starb unser Kollege **Heinrich Dittrich** aus W a l e w i g im Alter von 65 Jahren an Magenleiden.

Magdeburg. Am 24. Juni starb unser Mitglied, der Kollege **Wilhelm Faatz** im Alter von 45 Jahren an Herzleiden. — **H o h e n d o b e l e b e n.** Am 30. Juni starb unser Mitglied, der Kollege **Friedrich Firchow** im Alter von 38 Jahren freiwillig aus dem Leben.

Mainz. Am 30. Juni starb unser Verbandskollege **Johann Jakob Becker** aus H e d t s h e i m im Alter von 57 Jahren an Lungenarterienleiden.

Meißen. Am 28. Juni starb unser Verbandsmitglied **Hermann Hiller** aus N e u m o s l i s im Alter von 43 Jahren an Bauchspeicherdreht.

Merseburg. Am 26. Juni starb unser Verbandskollege **August Sayus** im Alter von 32 Jahren an Lungenleiden.

München Süd. Am 25. Juni starb unser Kollege **Zepl** im Alter von 51 Jahren an Lungenleiden.

Münster. Am 3. Juli starb unser treues Verbandsmitglied **Waldemar** im Alter von 36 Jahren an Gehirnentzündung.

Posen. Am 29. Juni starb nach langem Leiden unser treues Mitglied **Peter Paul Piotrowski** im Alter von 55 Jahren an Lungenüberlastung und Herzschwäche.

Satzweil. Am 29. Juni starb unser treuer Kollege **Hermann Schmidt** im Alter von 34 Jahren infolge eines Unfalles.

Stuttgart. Am 2. Juli starb unser Verbandskollege **Jakob Rückle** im Alter von 49 Jahren infolge eines Unfalles.

Zellwerra. Am 27. Juni starb unser Vorkämpfer **Franz Damisch** im Alter von 40 Jahren an Lungenleiden.

Zittau. Am 28. Juni starb unser Verbandskollege **Julius Ebermann** aus K l o s t e r f r e i h e i t an der Proletarierkrankheit.

Ehre ihrem Andenken!

Edwin Schneider, geb. 10. 8. 1876 zu Lebnitz b. Dresden, hat seine Familie böswillig verlassen. Da sich dieselbe in großer Not befindet, ersuchen wir die Kollegen, denen die Adresse des Sch. bekannt ist, diese sofort an den Kollegen **Schnirch, Plauen, Pauszerstr. 95,** gelangen zu lassen.
Der Vorstand des Zweigvereins Plauen.

Kahla.

Donnerstag, den 18. Juli, feiert der Zweigverein sein **Fünftes Stiftungsfest.**

Um 2 Uhr: **Auszug nach dem Schützenplatz,** daselbst **Konzert, Blumenverkostung und andre Belustigungen.**

Abends Ball im „Rathaus“.
Die Kollegen von Kahla und Umgegend sowie die der umliegenden Zweigvereine sind hierzu freundlichst eingeladen.
[M. 8,60] **Der Vorstand.**

Marne.

Donnerstag, den 18. Juli, feiert der Zweigverein sein **Behtes Stiftungsfest**

verbunden mit Fahnenweihe und Umzug durch die Stadt

Auswärtige Kollegen und ganze Vereine sind dazu freundlichst eingeladen.
[M. 8,30] **Der Vorstand.**

Karl Schneider, Karlen-Str. 019 520, geboren am 9. März 1868 zu Wiesbaden, wird von Frau und Kinder um Angabe seiner Adresse gebeten. Etwaige Nachricht über den Aufenthaltsort des Kollegen sind an das **Verbandsbureau, Wiesbaden, Weststr. 41,** zu senden.
[M. 2,10] **Der Vorstand des Zweigvereins Wiesbaden.**

Lychen i. d. Uekern.

Donnerstag, den 10. Juli 1909, nachmittags 2 Uhr:
Zehntes Stiftungsfest

bestehend in **Konzert, Kinderbelustigungen und Ball** bei Herrn G. Ball.
Sämtliche Kollegen des Zweigvereins sind hierzu freundlichst eingeladen.
[M. 8,60] **Der Vorstand.**

Wittstock a. d. D.

Donnerstag, den 10. Juli, feiert der Zweigverein sein **Zehntes Stiftungsfest**

bestehend in **Konzert und Ball** Anfang um 4 Uhr bei Herrn K. Müller (Gerberge).
Um 6 Uhr:
Abmarsch nach dem Lokal des Herrn Eder, Rosenplan.

Sämtliche Kollegen des Zweigvereins sind mit ihren Angehörigen freundlichst eingeladen.
[M. 4,20] **Der Vorstand.**

Zehdenick.

Donnerstag, den 17. Juli, abends 8 Uhr, feiert der Zweigverein sein diesjähriges

*** Stiftungsfest *** im Lokale des Herrn Buchholz.

Um zahlreiche Beteiligung erucht **Der Vorstand.**

Zerbst.

Donnerstag, den 18. Juli, nachm. 3 Uhr:
Zwölftes Stiftungsfest

im Lokale des Herrn Voigt, verbunden mit **Konzert und Kinderbelustigungen.**

Von abends 8 Uhr ab: **Ball.**
Alle Kollegen von Zerbst und Umgegend sind hiermit freundlichst eingeladen.
[M. 8,30] **Der Vorstand.**

Adressenveränderungen.

(V bedeutet Vorkonzert, K Kaffeezer, L Vereinstafel, H Gerberge, Rz Reihenunterstützung wird ausbezahlt bei.)
Schwabach. V Adam Schwab, Wöhrwiese 8.

Verfassungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle **Verfassungen zu befehen.**

Verbandsversammlungen der Maurer.

Donnerstag, den 11. Juli.
Driesen. Nachm. 2 Uhr. Wichtige Tagesordnung.
Frenshof. Nachm. 3 Uhr. Bücher sind mitzubringen.
Neuhardenberg. Nachm. 2 Uhr bei Köppling. Wichtige Tagesordnung.
Wasungen. Nachm. 3 Uhr im „Gasthof zum Stern“. Z.-D.: Quartalsabrechnung. Stiftungsfest. Verschriebenes.
Wiesenburg. Nachm. 2 Uhr im Vereinstafel. Wichtige Tagesordnung.

Montag, den 12. Juli.

Celle. Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr bei H. Knop. Anstellung eines Arbeiterssekretärs. Referent: Genosse Hoffmann.

Dienstag, den 13. Juli.

Liegnitz. Abends 7 Uhr. Wichtige Tagesordnung.
Mittwoch, den 14. Juli.
Sorau. Abends 7 Uhr im „Brauhaus“. Z.-D.: Die nächsten Aufgaben der Organisation. Referent: Herrn. Silberstein, Berlin. Bücher sind mitzubringen.

Donnerstag, den 17. Juli.

Aken. Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr in der Herberge zur Heimat.
Donnerstag, den 18. Juli.

Allstedt. Nachm. 3 Uhr im Vereinstafel.

Zentralfrantantasse der Maurer usw.

Donnerstag, den 11. Juli:
Würzburg. Vorm. 10 Uhr in der Restauration „Zur Erholung“. Von 9 Uhr ab Vorstandsitzung.

Freitag, den 16. Juli.

Lichtenberg. Abends 8 Uhr bei Biederhagen, Schornsteinstr. 22. Z.-D.: Bericht von der Generalversammlung. Abrechnung vom zweiten Quartal. Dertliche Angelegenheiten und Verschriebenes.

Donnerstag, den 17. Juli.

Fürstenwalde. Abends 8 Uhr bei Thomas.
Pankow. Abends 8 Uhr im Lokal von Clement, Wollstr. 122. Z.-D.: Abrechnung vom zweiten Quartal. Wahl eines Schriftführers. Verschriebenes.

Donnerstag, den 18. Juli.

Danzig. Vorm. 10 Uhr. Z.-D.: Abrechnung vom zweiten Quartal. Verschriebenes.
Spandau. Vorm. 9 $\frac{1}{2}$ Uhr im Lokal von Gottwald, Schmalbeckerstr. 80. Z.-D.: Quartalsabrechnung. Verschriebenes.